



Presseschau vom 16.03.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb von EU und Nato an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt eine Militäroperation in der Ukraine durch, die Streitkräfte der Donbass-

Republiken sind mit Unterstützung der russischen Truppen auf dem Vormarsch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen antirussischen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Maria Müller: USA blockieren seit über 20 Jahren das Verbot von bakteriologischen und Toxin-Waffen

Russland fordert schon länger einen Kontrollmechanismus für das Verbot biologischer Waffen. So im Sommer 2020 bei der OSZE. Entsprechende Forderungen heute sind nur die Fortsetzung dieser Politik, als deren Haupthindernis sich die Vereinigten Staaten erweisen. ...

<https://kurz.rt.com/2va4> bzw. [hier](#)

Susan Bonath: Petitionen gegen Impfpflicht: Wie die Regierung den sachlichen Diskurs mit Kritikern verweigert

Einrichtungsbezogen oder allgemein: Die Bundesregierung ist für eine Impfpflicht, "weil wir dafür sind". Doch ihre Argumente sind schwach, teils widerlegt, und auf Kritik geht sie kaum sachlich ein. Das zeigte eine Anhörung am Montag vor dem Petitionsausschuss. ...

<https://kurz.rt.com/2vbx> bzw. [hier](#)

Anton Gentzen: Falsche Fotos, Videos, Nachrichten zuhauf: Was ist los in Europas Redaktionsstuben?

Europa erlebt – nicht erst seit dem 24. Februar – eine Flut von Falschnachrichten und emotionalen Darstellungen aus der Ukraine. In sozialen Netzwerken – aber auch in renommierten Medien – werden diese völlig unkritisch übernommen und geglaubt. Eine 15-minütige Dokumentation von RT liefert einen aktuellen Blick hinter die Kulissen. ...

<https://kurz.rt.com/2vb9> bzw. [hier](#)

Dokumentation ([Video](#)) <https://kurz.rt.com/2vc5> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Putins Rede in deutscher Übersetzung: Ukraine-Konflikt läutet Ende der Vorherrschaft des Westens ein

Der russische Präsidenten Wladimir Putin hat am Mittwoch eine Rede gehalten. Laut seiner Darstellung wird der Westen endgültig seine "globale Dominanz" sowohl politisch als auch wirtschaftlich verlieren. Die jüngsten beispiellosen Sanktionen, die die USA und ihre Verbündeten gegen Russland wegen des Ukraine-Krieges verhängt haben, würden das Ende der westlichen Hegemonie vorzeichnen. RT DE präsentiert die komplette [Rede in deutscher Übersetzung](#).

abends/nachts:

18:00 de.rt.com: Russland bekräftigt Austritt aus dem Europarat

Das russische Außenministerium hat den Beginn des Austrittsverfahrens aus dem Europarat angekündigt. Die Behörde teilte am Dienstag auf ihrem Telegram-Kanal mit:

"Die Staaten der NATO und der Europäischen Union missbrauchen ihre Mehrheit im Europarat und verwandeln diese Organisation konsequent in ein Instrument der antirussischen Politik, indem sie den gleichberechtigten Dialog und alle Prinzipien aufgeben, auf denen diese gesamteuropäische Struktur beruht."

Das Außenministerium verwies dabei auf den "diskriminierenden Beschluss" des Gremiums vom 25. Februar, die russische Mitgliedschaft in seinen statuarischen Organen zu suspendieren. Ferner heißt es in der Mitteilung:

"Unter solchen Umständen wird unser Land nicht im Europarat bleiben. Am 15. März dieses Jahres wurde Generalsekretärin M. Pejčinović Burić eine Mitteilung über den Austritt der Russischen Föderation aus der Organisation zugestellt."

Durch den Austritt aus dem Europarat würden die Rechte und Freiheiten der russischen Bürger jedoch nicht beeinträchtigt und weiterhin durch die russische Verfassung garantiert, fügte das Außenministerium hinzu. Trotz der Entscheidung bleibe Russland offen für eine pragmatische und gleichberechtigte Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der Organisation in Fragen von gegenseitigem Interesse und im Rahmen derjenigen Konventionen, an denen es sich weiter beteiligen werde.

Wie der Leiter der russischen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (Parliamentary Assembly of the Council of Europe; PACE) Pjotr Tolstoi präzisierte, erfolge der Austritt Russlands freiwillig, und es handele sich dabei um eine "ausgewogene und wohlüberlegte Entscheidung".



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6230ca5db480cc6b451549f1.jpg>

18:55 de.rt.com: **Russland verhängt Einreiseverbot für kanadischen Premierminister Justin Trudeau**

Das russische Außenministerium hat personelle Sanktionen gegen die Vertreter der kanadischen Führungsspitze verhängt, die ein Einreiseverbot für mehrere Spitzenpolitiker des Landes vorsehen. Diese richten sich laut einer Erklärung der Behörde unter anderem gegen Premierminister Justin Trudeau, Außenministerin Mélanie Joly und Verteidigungsministerin Anita Anand. Insgesamt sind auf einem entsprechenden Index demnach 313 kanadische Regierungsvertreter und Offizielle aufgelistet.

Bei den Strafmaßnahmen handele es sich um eine Antwort auf die "fieberhaft" verhängten kanadischen Sanktionen gegen russische Spitzenpolitiker, bei denen Ottawa in "russophober Wut" mit den USA konkurriere, hieß es zur Begründung. Das Ministerium führte ferner aus: "Dieser Schritt ist erzwungen und wurde als Reaktion auf die unverschämt feindseligen Handlungen des derzeitigen kanadischen Regimes unternommen, das unsere Geduld schon so lange auf die Probe gestellt hat. Jeder russophobe Angriff, ob es sich nun um Angriffe auf russische diplomatische Vertretungen, Luftraumsperrungen oder Ottawas faktischen Abbruch der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen – zum Nachteil der kanadischen Interessen – handelt, wird zwangsläufig mit einer starken und nicht unbedingt symmetrischen Reaktion beantwortet."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6230d90db480cc3146688d87.jpg>

19:20 de.rt.com: **Quelle in Russlands Außenministerium: USA drücken sich vor Verantwortung für ihr Biowaffenprogramm in Ukraine**

Eine Quelle im russischen Außenministerium schließt eine mögliche Provokation Washingtons und Kiews in der Ukraine nicht aus. In ihrem Kommentar auf einen Bloomberg-Artikel über ein geplantes Telefonat zwischen US-Sicherheitsberater Jake Sullivan und Russlands Sicherheitsratssekretär Nikolai Patruschew wirft die Quelle den USA vor, sich vor ihrer Verantwortung für das US-Biowaffenprogramm in der Ukraine drücken zu wollen. Die russische Nachrichtenagentur TASS zitiert den anonymen Diplomaten mit den Worten: "Die Manöver der US-Seite sind uns verständlich. Sie versucht, sich vor jeglicher Verantwortung für ihre militärbiologische Tätigkeit in der Ukraine zu drücken und womöglich eine zusammen mit dem Regime in Kiew geplante massive Provokation zu verschleiern, wie dies mehrmals in Syrien der Fall war, um dann Russland dafür verantwortlich zu machen. Diese verbrecherische Manier ist uns gut bekannt."

Am Montag berichtete Bloomberg unter Berufung auf anonyme Quellen, dass Sullivan mit Patruschew telefonieren und dabei den Kreml davor warnen wolle, Bio- und Chemiewaffen in der Ukraine einzusetzen. Seit einiger Zeit wird in den USA darüber spekuliert, dass Russland in der Ukraine eine Operation unter falscher Flagge durchführen und diese dann als Vorwand nutzen könnte, um Chemiewaffen einzusetzen.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Die Luftabwehr hat eine weitere Rakete der BFU abgefangen

Ukrainische Kämpfer haben ein weiteres Mal einen taktischen Raketenkomplex „Totschka-U“ eingesetzt. Nach vorläufigen Informationen trafen die Trümmer der Rakete auf den Stadtteil „Solnetschnyj“ in Makejewka.

Gestern wurde über dem Zentrum von Donezk eine gleichartige Rakete abgefangen. Infolge des ukrainischen Terrorakts starben 21 Menschen, 37 wurden verletzt.

Erklärung: Ein taktischer Raketenkomplex „Totschka-U“ ist ein sowjetischer taktischer Raketenkomplex, der Schläge aus einer Entfernung von bis zu 70 km verüben kann. Der Komplex kann Raketen mit konventionellen, nuklearen und chemischen Sprengköpfen abfeuern.

Infolge des Beschusses des Stadtteils Solnetschnyj von Makejewka durch die BFU wurden vier Menschen verletzt, es gibt keine Toten, teilt das Gesundheitsministerium der DVR mit.

Vor Ort ist die Arbeit von Erste-Hilfe-Diensten gewährleistet.
Das Gesundheitsministerium teilt weiter mit, dass ein 10 Jahre altes Mädchen am Auge verletzt wurde, ein 16 Jahre alter Junge hat zahlreiche Splitterverletzungen im Gesicht. Später stellte sich heraus, dass insgesamt drei Erwachsene und drei Kinder verletzt wurden. Der Zustand des 10jährigen Mädchens verschlechtert sich aufgrund der schweren Verletzungen am Auge. Zwei der Kinder befinden sich im Krankenhaus.

19:33 de.rt.com: **Ukrainischer Präsident unterzeichnet Gesetz über Strafverfolgung bei Kollaboration mit Russland**

Die Ukraine hat ihr Strafgesetzbuch um einen neuen Artikel ergänzt. Demnach stehen auf eine Kollaboration mit Russland bis zu 15 Jahre Gefängnis. Nun kann Abgeordneten, die eine "unpatriotische" Haltung an den Tag gelegt haben, eine strafrechtliche Verfolgung drohen. Der Vizevorsitzende der Obersten Rada, Alexander Kornijenko, hat am 15. März im Fernsehsender Ukrajina 24 gesagt, Präsident Wladimir Selenskij habe ein Gesetz über die strafrechtliche Verfolgung jeglicher Kollaboration mit einem Aggressorstaat unterzeichnet. Seit Januar 2015 gilt Russland in der Ukraine als solcher. Kornijenko zufolge soll das Dokument über die entsprechende Ergänzung im ukrainischen Strafgesetzbuch bald veröffentlicht werden und in Kraft treten.

Der Abgeordnete der Regierungspartei "Diener des Volkes" fügte hinzu, das Gesetz sehe eine Höchststrafe von 15 Jahren Gefängnis vor. Kornijenko drohte damit jenen Parlamentariern, die das Land verlassen oder eine "unpatriotische" Haltung an den Tag gelegt hatten. Ihm zufolge befinden sich jetzt mehr als 20 Rada-Abgeordnete außerhalb des Landes. Eine Ausnahme gelte nur für jene Parlamentarier, die an der Arbeit der Parlamentarischen Versammlung des Europarates beteiligt seien.

Am Dienstag wurde Kremlsprecher Dmitri Peskow nach Russlands Haltung zu diesem Gesetz befragt. Allerdings konnte er diese Frage nicht beantworten: Der Kreml wisse bislang nichts davon.

Der Gesetzentwurf war von den Abgeordneten der Parteien "Diener des Volkes" und "Europäische Solidarität" am 23. Februar in der Obersten Rada eingebracht worden. Demnach sollten jegliche "alltägliche, administrative, wirtschaftliche, militärische, politisch, militärpolitische und sonstige Zusammenarbeit mit einem Aggressor-Staat" strafrechtlich mit bis zu 15 Jahren Haft geahndet werden. Das ukrainische Parlament verabschiedete das Gesetz am 3. März. Außerdem sollten die Behörden das Recht bekommen, von "Kollaborateuren" geleitete politische Parteien und Organisationen zu verbieten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6230b2b2b480cc6b123387ac.jpg>

21:57 (19:57) **novorosinform.org: Das Weiße Haus reagierte auf Russlands Sanktionen gegen hochrangige US-Beamte**

Vertreter der Führung der Vereinigten Staaten von Amerika, gegen die die Russische Föderation Vergeltungsbeschränkungen verhängt habe, hätten keine Reisen auf russisches Territorium geplant und besäßen keine russischen Konten, sagte die Sprecherin des US-Präsidenten, Jennifer Psaki.

Zuvor hatte das russische Außenministerium die Einführung persönlicher Sanktionen gegen US-Präsident Joseph Biden und Außenminister Anthony Blinken angekündigt. Sie stehen auf der russischen „Stoppliste“, weil sie russischen Bürgern wirtschaftliche Beschränkungen auferlegen.

Die russischen Sanktionen würden keine Wirkung haben, da die Personen, gegen die sie verhängt wurden, nicht die Absicht hätten, das Territorium Russlands zu besuchen, und keine Konten bei russischen Banken hätten, sagte die Sprecherin des Weißen Hauses, Jennifer Psaki. Ihre Worte werden von RIA Novosti zitiert.

„Also werden wir weitermachen“, sagte Psaki.



https://novorosinform.org/content/images/10/58/41058_720x405.jpg

Kprf.ru: Die Verbrechen der Ukraine erfordern den Widerstand der ganzen Welt

Erklärung des Vorsitzenden des ZK der KPRF G.A. Sjuganow

Der Verlauf der Spezialoperation der russischen Armee in der Ukraine lässt immer mehr die Dramatik der Situation erkennen. Zahlreiche Bestätigungen des verbrecherischen Charakters der Handlungen der Banderabanden gehen regelmäßig ein. Für denkende und ehrliche Menschen kann es keinen Zweifel daran geben, dass der Kampf gegen den Neonazismus in der Ukraine im Gange ist.

Vor einigen Tagen entdeckten die vorrückenden Truppen der Lugansker Volksrepublik den Ort einer Massenerschießung von Zivilisten in der Stadt Popasnaja. Die Menschen wurden von abziehenden Bandera-Kämpfern getötet. Sie wurden ihres Lebens beraubt, weil sie keine lebenden Schutzschilde für die Faschisten sein wollten, und weil sie den Kämpfen in Donezk entkommen wollten.

Am 14. März begingen die Nazis eine weitere abscheuliche Gräueltat. Eine „Totschka-U“ wurde aus den besetzten Gebieten des Donbass auf das Zentrum von Donezk abgeschossen. Mehr als 20 Zivilisten, darunter auch Kinder, wurden getötet. Dutzende von Einwohnern wurden verletzt. Diese Art des Beschusses der Stadt ist zu einer vertrauten Realität geworden. Insgesamt wurden 15 todbringende Raketen auf Donezk abgefeuert. Das Gewicht jedes Gefechtskopfes beträgt über 160 Kilogramm. Die Nazis setzen Raketen mit Kassettmunition ein, die in der Lage sind, alles Leben in einem Gebiet von 7 Hektar zu vernichten. Genau diese Art von weltweit verbotener Kassettmunition war auf der Rakete, die in Donezk einschlug. Dieses Kriegsverbrechen verbindet seine Organisatoren und Ausführer direkt mit den Handlungen der Faschisten in den Jahren des Großen Vaterländischen Kriegs.

Die humanitäre Katastrophe in Mariupol, wo eine halbe Million Menschen leben, verschlimmert sich jeden Tag. Jedes Mal, wenn das Kommando der Truppen der Donezker

Volksrepublik humanitäre Korridore aus der Kampfzone für die Zivilbevölkerung öffnet, verhindern die Banden von „Asow“ die Evakuierung und schießen auf diejenigen, die versuchen, die Stadt zu verlassen. Hunderttausende von Menschen werden als Geiseln gehalten, ohne Wärme, Wasser und Nahrung. Gleichzeitig versuchen das offizielle Kiew und seine westlichen Marionettenspieler, die Truppen der DVR für die Geschehnisse verantwortlich zu machen.

Das zynische Verhalten des Westens ist durchaus verständlich. Die NATO-Aggressoren glaubten, sie seien nur noch einen halben Schritt von der vollständigen und endgültigen Versklavung der Ukraine entfernt. Sie waren bereit, hier zu den Diensten des übelsten Nazi-Abschaums zu greifen, um ihre Pläne für die Weltherrschaft umzusetzen. Eines der deutlichsten Beispiele für den politischen und moralischen Niedergang war die Einrichtung von Biolabors durch das Pentagon in der Ukraine. Im Wesentlichen ist die Rede von der Entwicklung tödlicher biologischer Waffen, die gegen ethnische Slawen gerichtet sind. Gleichzeitig wurde im Schatten des „westlichen Schirms“ eine Horde abgehärteter, zu allem fähiger Bandera-Kämpfer gezüchtet. Sie haben nun von ihren kosovo-albanischen Gesinnungsgenossen die schändliche Praxis des Organhandels übernommen. Der Unterschied besteht darin, dass diese Organe in der Ukraine nicht nur aus den Körpern von Gefangenen entnommen werden, wie es im Kosovo der Fall war, sondern sogar aus getöteten oder schwer verwundeten Soldaten der ukrainischen Streitkräfte. Natürlich fragt niemand nach der Zustimmung der Verletzten oder der Angehörigen der Verstorbenen. Unmenschliche Handlungen werden unter völliger Missachtung des Völkerrechts und der Normen der Menschlichkeit begangen.

Es ist gut bekannt, dass eines der Hauptmerkmale des Faschismus ein brutaler Antikommunismus ist. Die Opfer der politischen Repression in der Ukraine waren vor allem Kommunisten und Komsomol-Mitglieder. Michail Kononowitsch, erster Sekretär des Leninschen Kommunistischen Jugendverbandes der Ukraine, und sein Bruder Alexander wurden in Kiew gefangen genommen. Sie befinden sich derzeit im Gewahrsam des SBU. Alles, was geschieht, bestätigt, dass der Kampf gegen den Faschismus in der Ukraine ein Gebot der Stunde ist. Nach 2014 schlug die Bandera-Ideologie des Hasses rasch Wurzeln. Dies geschah mit der unverhohlenen Unterstützung der USA, Großbritanniens und anderer NATO-Länder. Es sei daran erinnert, dass Hitler die gleiche Zeit - 8 Jahre - brauchte, um Deutschland in einen faschistischen Staat zu verwandeln. Diese historische Erfahrung ist wohlbekannt und sehr anschaulich: Der mangelnde Widerstand der europäischen „Demokratien“ gegen den Nazismus führte zu einem verheerenden Weltkrieg.

Die Situation sieht schon jetzt äußerst gefährlich aus. Von Anfang an ignorierte der Westen das Aufkommen faschistischer Organisationen in der Ukraine. Dann bemerkte er nicht, wie die finstersten reaktionären Kräfte begannen, die ukrainische Gesellschaft zu übernehmen. Unter dem Druck der Globalisten haben viele internationale Organisationen die Fakten des Völkermords im Donbass und des politischen Terrors in der Ukraine zahnlos hingegenommen. Jetzt reagieren sie nicht darauf, dass Millionen friedlicher Bürger auf dem Gebiet eines der größten Länder Europas zu Geiseln gemacht werden.

Die KPRF ist überzeugt, dass die Weltgemeinschaft den Druck ihrer „westlichen Partner“ nicht länger stillschweigend hinnehmen und vor einer ganzen Reihe von Verbrechen die Augen verschließen kann. Es ist an der Zeit, sich zu entscheiden. Wir rufen alle auf, das Vorgehen der Faschisten in der Ukraine scharf zu verurteilen. Es ist nicht hinnehmbar, zu schweigen und zuzulassen, dass sich die Tragödie des letzten Jahrhunderts wiederholt. Es würde bedeuten, sich zum stillen Komplizen einer verbrecherischen Politik zu machen. Der Nazismus, der wieder den Kopf erhoben hat, muss besiegt werden. Das Schicksal dieses Sieges liegt vor allem in den Händen der russischen Gesellschaft. Angesichts der akuten Bedrohungen muss das Land geeint werden. Die Lage der Dinge verpflichtet uns zu vielem. Der Jelzinsche Versuch, dem Westen hinterherzulaufen, hatte einen hohen Preis für das Land.

Das wirtschaftliche und militärische Potenzial der Heimat, das von Generationen von Sowjetbürgern aufgebaut wurde, wurde ernsthaft geschwächt. Vieles muss nachgeholt werden. Die historischen Prüfungen erfordern eine entschiedene Gesundung der Gesellschaft. Es ist äußerst notwendig, alle Formen der Kollaborationismus zu beseitigen, die soziale Spaltung zu überwinden und das Land für eine beschleunigte Entwicklung zu mobilisieren.

22:12 (20:12) novorosinform.org: **Die ukrainischen Streitkräfte setzten erneut eine "Totschka-U" in der DVR ein. Es gibt Schäden.**

Am Abend des 15. März setzten ukrainische bewaffnete Verbände das taktische Raketensystem Totschka-U ein. Die Rakete wurde nach Angaben des DVR-Büros im Gemeinsamen Koordinationszentrum für Kontrolle und Koordination des Waffenstillstands (GZKK) über Makejewka abgeschossen.

Nach Angaben des GZKK wurden infolge herabfallender Munition Wohngebäude im Wohngebiet „Solnetschny“ beschädigt und zwei Geschäfte gerieten in Brand.

"Der Mikrobezirk Solnechny in Makejewka wurde beschädigt, die Verglasung von nahe gelegenen Häusern wurde beschädigt, bei zwei Geschäften ein Brand ausgelöst", heißt es in der Nachricht.

Angaben zu Schäden und Opfern werden weiter präzisiert. ...



https://novorosinform.org/content/images/10/59/41059_720x405.jpg

20:24 de.rt.com: **China und Saudi-Arabien kurz davor, dem US-Dollar einen schweren Schlag zu versetzen**

Angeichts der US-Sanktionen nach der russischen Militärintervention in der Ukraine machen sich viele Länder Sorgen um den Fortbestand des US-Dollars als Weltreservewährung. Nun könnten China und Saudi-Arabien dem Dollar einen gewaltigen Schlag versetzen.

Laut einem neuen [Bericht](#) des Wall Street Journal befindet sich Saudi-Arabien in aktiven Gesprächen mit Peking, um seine Ölverkäufe nach China in chinesischen Renminbi (Yuan) zu bepreisen. Dieser Schritt würde die Dominanz des US-Dollars auf dem globalen Erdölmarkt brechen und eine weitere Verlagerung des weltweit größten Rohölexporteurs in Richtung Asien signalisieren.

Die Meldung wird zu einem Zeitpunkt veröffentlicht, an dem eine zehn Milliarden Dollar teure Raffinerie und ein Chemiekomplex von Saudi Aramco, dem größten Ölproduzenten der Welt, im Nordosten Chinas den letzten Schliff [erhalten](#). Die Hinwendung Saudi-Arabiens zu China ist zum Teil eine natürliche Entwicklung, da China der größte Abnehmer saudischen Rohöls ist, mit steigender Tendenz. Aus Quellen des Wall Street Journal geht jedoch hervor, dass sich die Gespräche mit China über Öl bepreist in Yuan im vergangenen Jahr beschleunigt haben.

Die Quellen verweisen auf die Unzufriedenheit des Königreichs über die Versuche

Washingtons, ein Abkommen mit Iran zu schließen, die fehlende Unterstützung Washingtons für die Intervention im jemenitischen Bürgerkrieg sowie den überstürzten Rückzug der USA aus Afghanistan. Dem Bericht zufolge sind die Saudis auch "zunehmend unzufrieden mit den jahrzehntelangen Sicherheitsverpflichtungen der USA zur Verteidigung des Königreichs". Die westlichen Sanktionen gegen Russland führten auch Ländern, die keine guten Beziehungen zu den USA haben, vor Augen, wie der Dollar als Waffe eingesetzt werden kann. Das scheint auch die Gespräche zwischen Saudi-Arabien und China über die Bepreisung des Öls in Yuan neu entfacht zu haben.

China kauft mehr als 25 Prozent des Öls, das von Saudi-Arabien exportiert wird. Würden die Preise in Yuan festgelegt, stärkten diese Verkäufe das Ansehen der chinesischen Währung und brächten die chinesische Währung auf den Weg, eine Reservewährung im globalen Ölhandel zu werden.

Einer der Grundpfeiler der letzten 45 Jahre und ein Anker, der den Reservestatus des US-Dollar stützte, war ein globales Finanzsystem, das auf dem sogenannten Petrodollar basierte: Die Ölproduzenten verkauften ihre Produkte sowohl an die USA als auch an den Rest der Welt für US-Dollar, die sie dann in auf Dollar basierende Vermögenswerte umwandelten und in auf Dollar basierende Märkte investierten. Dies geschah explizit, um den Dollar als Weltreservewährung zu stützen und dabei die Stellung der USA als unumstrittene Finanzsupermacht zu sichern.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6230a739b480cc01ea28d14f.jpg>

20:30 de.rt.com: **Fox News meldet Tod eines Kameramanns nach Beschuss in der Ukraine**

Ein Kameramann des US-Senders Fox News, der am Vortag in der Nähe der ukrainischen Hauptstadt Kiew verwundet worden war, ist seinen Verletzungen erlegen. Pierre Zakrzewski sei am Montag mit dem Korrespondenten Benjamin Hall im Dorf Gorenka unterwegs gewesen, als ihr Fahrzeug unter Beschuss geraten sei, teilte der US-Sender am Dienstag mit. Der ebenfalls verletzte Hall werde demnach weiter im Krankenhaus behandelt.

Zakrzewski habe seit Februar in der Ukraine gearbeitet, so der Sender. Der 55-Jährige sei ein Kriegsphotograf gewesen, der für Fox News über fast alle internationalen Themen von Irak über Syrien bis Afghanistan berichtet habe. Sein "Mut, seine Professionalität und seine Arbeitsmoral" seien bei den Journalisten aller Medien bekannt gewesen.

Neben Zakrzewski meldete Fox News auch den Tod der örtlichen Journalistin Alexandra Kuwschinowa, die als Medienberaterin vor Ort tätig gewesen sei. Die 24-Jährige soll sich zum Zeitpunkt des Beschusses im selben Auto befunden haben, hieß es.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6230f7cab480cc371951233a.jpg>

22:49 (20:49) novorosinform.org: **In Makejewka wurden vier Personen durch den Aufprall von Totschka-U-Überresten verletzt – Gesundheitsministerium**

Fragmente einer abgeschossenen taktischen Rakete verletzten vier Zivilisten im Wohngebiet „Solnetschny“, zwei davon Kinder, berichtet das Gesundheitsministerium der DVR.

Es gab keine Todesfälle infolge des Vorfalles, teilt der Stab der Territorialverteidigung der DVR unter Berufung auf Daten des Gesundheitsministeriums mit.

„Die Arbeit des Rettungsdienstes am Ort des Einschlags ist sichergestellt“, heißt es in der Mitteilung.

Es wird mitgeteilt, dass ein 10-jähriges Mädchen eine nicht durchdringende (stumpfe) Augenverletzung erlitten hat, ein 16-jähriger Junge mehrere Schrapnellwunden im Gesicht.

Am Abend des 15. März wurde über Makejewka eine Rakete des taktischen Komplexes Totschka-U abgeschossen. Die Trümmer trafen Wohnhäuser im Wohngebiet „Solnetschny“.

Es wurden Verglasungsschäden an Hochhäusern und Brände in Geschäften gemeldet.

Am 14. März wurden infolge des Einsatzes von Totschka-U durch ukrainische Streitkräfte im Zentrum von Donezk 21 Menschen getötet und 37 weitere verletzt. Am Dienstag wurde in der DVR Staatstrauer ausgerufen.



https://novorosinform.org/content/images/10/61/41061_720x405.jpg

21:50 de.rt.com: **Biden unterzeichnet Haushalt mit Milliardenhilfe für die Ukraine**

US-Präsident Joe Biden hat ein Haushaltsgesetz mit umfangreichen Hilfen für die Ukraine unterzeichnet. Der Staatschef sagte am Dienstag im Weißen Haus:

"Dieses Gesetz enthält eine historische Förderung – 13,6 Milliarden US-Dollar –, um Russlands Invasion in die Ukraine und die Auswirkungen auf die umliegenden Länder anzugehen."

Es sei äußerst schwierig, Hilfsgüter in die Ukraine zu bekommen, während der russische Angriff anhalte. Es gelinge aber weiterhin, betonte Biden. Die Unterstützung für die Ukraine umfasst humanitäre, wirtschaftliche und militärische Hilfe. Insgesamt hat der Etat der US-Regierung für das verbleibende Haushaltsjahr bis Ende September ein Volumen von rund 1,5 Billionen US-Dollar (1,36 Billionen Euro).

22:05 de.rt.com: **Berichte: Erneuter Raketeneinschlag in Donezk**

Laut verschiedenen Videos ([Link 1](#), [Link 2](#)) in den sozialen Medien soll es zu einem Raketeneinschlag in einem Wohngebiet in der Stadt Makejewka bei Donezk gekommen sein. Dabei habe es Glasschäden an den umliegenden Häusern gegeben. In zwei Läden seien Brände ausgebrochen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6231027d48fbef60211a772d.png>

vormittags:

7:57 (5:57) novorosinform.org: **In Makejewka stieg die Zahl der Opfer des Beschusses der Streitkräfte der Ukraine**

Drei Erwachsene und drei Kinder wurden verletzt, wobei sich der Zustand eines der Mädchen stark verschlechterte.

Dies wurde vom Stab der Territorialverteidigung der DVR gemeldet.

„Infolge des Beschusses der BFU auf das Wohngebiet ‚Solnetschny‘ von Makejewka stieg die Zahl der Opfer auf 6 Personen, darunter 3 Erwachsene und 3 Kinder, heißt es in dem Bericht. Am Vorabend war das Wohngebiet ‚Solnetschny‘ in Makejewka beschossen worden. Laut der vorläufigen Version schoss das Luftverteidigungssystem eine ukrainische Totschka-U-Rakete ab, deren Fragmente schwere Schäden an Wohnhäusern und Verletzte verursachten.

Alle Bewohner der betroffenen Häuser wurden in eine provisorische Unterbringungseinrichtung evakuiert, die in der Sekundarschule Nr. 22 ‚Marschall Sergejew‘ in der Stadt Makejewka eingerichtet wurde.

Die Opfer wurden ins Krankenhaus eingeliefert, aber das Gesundheitsministerium der DVR

informierte über die Verschlechterung des Zustands eines der Mädchen mit einer schweren Augenverletzung.



https://novorosinform.org/content/images/10/64/41064_720x405.jpg

6:15 de.rt.com: **"Ungeahnte Folgen" – Energiekonzern RWE gegen Stopp russischer Energielieferungen**

Der Energiekonzern RWE hat sich vor dem Hintergrund des russischen Angriffs auf die Ukraine gegen einen Stopp russischer Energielieferungen nach Deutschland ausgesprochen. Dies hätte aufgrund der hohen Abhängigkeit massive Konsequenzen, so RWE-Chef Markus Krebber.

Laut dem Vorstandsvorsitzenden des Energiekonzerns RWE bliebe ein Stopp russischer Energielieferungen nach Deutschland nicht ohne Konsequenzen. Krebber sagte am Dienstag in Essen:

"Ein sofortiger Stopp hätte ungeahnte Folgen für die Wärmeversorgung der Haushalte."

Eine längere Lieferunterbrechung dürfte zudem die Produktionsanlagen der Industrie und des Mittelstandes nachhaltig schädigen. Daher könne er die Position der Bundesregierung gegen Sanktionen von Energielieferungen sehr gut nachvollziehen. Der Energiemarkt werde sich durch den Krieg fundamental ändern, so Krebber weiter. Er ergänzte:

"Deshalb ist es richtig, so schnell wie möglich in der Energieversorgung unabhängig und nachhaltig zu werden."

Versorgungssicherheit und Klimaschutz seien so eng wie nie zuvor miteinander verbunden. Derweil drohen die wegen des Ukraine-Kriegs stark gestiegenen Energiepreise Unternehmen und Privathaushalte schwer zu belasten. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) warnte vor einer Kostenexplosion für Firmen und forderte die Bundesregierung zu kurzfristigen Stabilisierungsmaßnahmen auf. Politiker der Ampel-Koalition stellten zusätzliche Entlastungsmaßnahmen für Wirtschaft und Verbraucher in Aussicht.

"Schnelle und flexible Lösungen"

Eine befristete Senkung der Mehrwertsteuer, die zum Beispiel von der Union gefordert wird, soll es nach Aussage von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) aber nicht geben.

Gegenüber dem Tagesspiegel sagt Lindner am Sonntag:

"Wenn die Union eine sogenannte Spritpreiskontrolle fordert, dann muss sie sagen, was sie im Haushalt kürzen will [...] Oder sie muss bekennen, dass sie dafür neue Schulden aufzunehmen bereit ist."

Die Regierung arbeite jedoch an Maßnahmen, sagte Lindner gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa). Er gehe davon aus, dass "in Kürze" weitere Beschlüsse gefasst werden. Die hohen Preise seien eine Belastung für Menschen und Betriebe, der Staat dürfe die Menschen damit nicht alleine lassen. Lindner weiter:

"Als liberaler Finanzminister habe ich mich schon vor der Krise für strukturelle steuerliche Entlastungen ausgesprochen. Jetzt brauchen wir allerdings schnelle und flexible Lösungen, die wirklich bei den Menschen ankommen."

SPD-Fraktionsvize Matthias Miersch stellte dazu auch Nachbesserungen beim Entlastungspaket der Ampel in Aussicht. Das Maßnahmenbündel – unter anderem mit einer befristeten Anhebung der Pendlerpauschale und einer vorgezogenen Abschaffung der EEG-Umlage über die Stromrechnung – hatten die Spitzen von SPD, Grünen und FDP Ende Februar beschlossen. Seitdem sind die Energiepreise aber noch weiter gestiegen. Miersch sagte gegenüber der Rheinischen Post am Montag:

"Die einzelnen Maßnahmen werden jetzt zügig umgesetzt und falls nötig sogar noch einmal verschärft."

Besonders der Heizkostenzuschuss für einkommensschwache Haushalte sollte seiner Meinung nach spürbar erhöht werden.

Baden-Württembergs Finanzminister Danyal Bayaz fordert vom Bund wegen steigender Preise für Energie und Lebensmittel mehr finanzielle Hilfe für Ärmere und Familien. "Wir stehen vor schwierigen Zeiten", sagte der Grünen-Politiker der dpa. Aus seiner Sicht wäre ein "sozial gestaffeltes Energiegeld" die richtige Maßnahme. "Das wäre eine Direktzahlung an Bürgerinnen und Bürger."

"Kostenexplosion, die kaum aufzufangen ist"

Auch der Industrie gehen die beschlossenen Entlastungen nicht weit genug. Die vorgezogene Abschaffung der EEG-Umlage über die Stromrechnung sei ein wichtiges Signal, sagte der stellvertretende DIHK-Hauptgeschäftsführer Achim Dercks. Und weiter:

"Sie kann aber nur einen Bruchteil der höheren Beschaffungskosten ausgleichen. Nötig sind jetzt kurzfristige Stabilisierungsmaßnahmen, etwa eine Absenkung der staatlichen Umlagen und der Stromsteuer zusammen mit zinsgünstigen KfW-Krediten oder sogar direkten Notfallzahlungen."

Die Bundesregierung arbeitet für Unternehmen aktuell an einem Kredit-Hilfsprogramm. Das soll diejenigen Unternehmen unterstützen, die von den EU-Sanktionen gegen Russland hart getroffen sind. Wie die Bild am Samstag meldete, sind auch Überbrückungshilfen für Unternehmen im Gespräch, die stark gestiegene Rohstoffpreise nicht mehr tragen können. Außerdem werde eine Verlängerung der Kurzarbeiter-Regelung über den 30. Juni hinaus geprüft sowie eine nochmalige Anhebung der Pendlerpauschale.

Grund für die Notlage der Industrie ist, dass aktuell jede zweite Firma ihre Strom- und Gasversorgung für das laufende Jahr noch vertraglich absichern muss, wie der DIHK unter Verweis auf eine aktuelle Firmenbefragung erklärte. "Damit steht jedes zweite Unternehmen vor einer Kostenexplosion, die kaum aufzufangen ist", so Dercks. Bei Ausbruch des Krieges habe die Hälfte der Unternehmen ihre Strom- und Gasbeschaffung für das laufende Jahr noch nicht abgeschlossen gehabt, hieß es unter Verweis auf 2.000 Rückmeldungen von Unternehmen aus allen Branchen.

Die hohe Zahl erkläre sich daraus, dass viele Unternehmen aufgrund der bereits extrem hohen Preise der vergangenen Monate abgewartet oder nur für kurze Zeiträume Lieferverträge abgeschlossen haben. In der Vergangenheit hätten viele Betriebe einmal im Jahr für die kommenden zwölf Monate beschafft. "Das hat sich durch die aktuelle Preisspirale deutlich verändert", so Dercks weiter. Ein mittleres Unternehmen aus der Glasindustrie habe 2015 im Schnitt noch 100.000 Euro pro Monat für seine Energieversorgung bezahlt. Aktuell sei dafür der fünf- bis sechsfache Betrag fällig, manchmal sogar noch mehr.

Habeck will weg von russischen Importen

Noch deutlich schwerere Folgen drohen für die Wirtschaft im Fall eines generellen EU-Embargos russischer Energielieferungen. Mehrere Wirtschaftsverbände hatten zuletzt davor gewarnt, ebenso wie Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck (Grüne). Dieser sagte der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung:

"Wir reden bei einem sofortigen Importstopp über Versorgungsgpässe im nächsten Winter, über Wirtschaftseinbrüche und hohe Inflation, über Hunderttausende Menschen, die ihre Arbeit verlieren, und über Menschen, für die der Weg zur Arbeit kaum bezahlbar wird, Heizen und Strom ebenso."

Der Minister sieht aber Fortschritte in den Bemühungen, die Abhängigkeit Deutschlands von russischem Öl, Kohle und Gas zu verringern. "Jeden Tag, ja faktisch jede Stunde verabschieden wir uns ein Stück weit von russischen Importen", sagte der Grünen-Politiker der Zeitung. Und er ergänzte:

"Wenn es gelingt, sind wir im Herbst unabhängig von russischer Kohle und Ende des Jahres nahezu unabhängig von Öl aus Russland. Bei Gas ist es komplizierter, weil wir keine eigenen LNG-Importkapazitäten haben. Die schaffen wir jetzt unter Hochdruck."

Deutschland ist bisher abhängig von Energieimporten aus Russland. Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums liegt der Anteil russischer Importe an den fossilen Gasimporten nach Deutschland bei rund 55 Prozent, bei Kohle bei rund 50 Prozent und bei Rohöleinfuhren bei rund 35 Prozent.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62308ed0b480cc6b1d6d3d57.jpg>

7:00 de.rt.com: **Regierungschefs Polens, Tschechiens und Sloweniens treffen Selenskij in Kiew**

Die Regierungschefs von Polen, Tschechien und Slowenien kamen am 15. März mit einem Zug in Kiew an. Am Abend trafen sie sich mit Wladimir Selenskij und haben dem ukrainischen Präsidenten Solidarität und Unterstützung zugesagt. "Wir bewundern euren mutigen Kampf", erklärte der tschechische Ministerpräsident Petr Fiala bei dem Treffen am Dienstagabend. "Hier, im vom Krieg zerrissenen Kiew, wird Geschichte geschrieben", betonte der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki.

Es sei notwendig, eine NATO-Friedensmission in die Ukraine einzuführen, schlug der stellvertretende polnische Ministerpräsident Jaroslaw Kaczyński vor. "Ich glaube, dass eine NATO-Friedensmission benötigt wird, vielleicht eine Art umfassenderes internationales System, aber eine Mission, die sich auch selbst verteidigen kann und die in der Ukraine tätig sein wird", sagte er.

Selenskij bezeichnete den Besuch laut ukrainischen Medienberichten als großen und mutigen Schritt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6231644148fbef60ad32ea3f.jpg>

7:15 de.rt.com: **Ukrainischer Botschafter in Berlin fordert Regierungserklärung von Scholz**

Der ukrainische Botschafter in Berlin appellierte an Bundeskanzler Olaf Scholz, an diesem Donnerstag eine Regierungserklärung zum Ukraine-Krieg abzugeben. Der SPD-Politiker solle sagen, "was genau die Ampel nun vorhat, um die Ukraine tatkräftig zu unterstützen und dem Vernichtungskrieg Russlands ein Ende zu setzen", sagte Botschafter Andrei Melnik der Deutschen Presse-Agentur. "Es wäre genau drei Wochen nach Kriegsbeginn an der Zeit, dass der deutsche Regierungschef sich wieder dazu äußert und ganz konkrete Hilfsmaßnahmen avisiert".

Es gehe ihm dabei sowohl um weitere Waffenlieferungen als auch um massive wirtschaftliche Unterstützung sowie um Unterstützung für die Kriegsflüchtlinge, betonte Melnik. Es sei sehr vieles geschehen seit der ersten Regierungserklärung des Kanzlers zum Krieg. "Deswegen hätte eine weitere klare Stellungnahme nicht nur für uns, die Ukrainer, sondern sicherlich auch für die Deutschen einen großen Stellenwert".

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij wird am heutigen Donnerstag in den Plenarsaal des Bundestags per Video zugeschaltet, bevor die reguläre Sitzung beginnt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/62316841b480cc1cec21bd97.jpg>

9:34 (7:34) rusvesna.su: **Ethnische Ungarn der Westukraine haben die Frage eines**

Beitritts zu Ungarn aufgeworfen.

In einigen Grenzregionen des noch überwiegend ungarischen Gebiets Transkarpatien plant man bereits ein Referendum über die Abspaltung von der Ukraine. Darüber hinaus wird im Beregowskij-Bezirk bereits ein Organisationskomitee zur Vorbereitung des Referendums gebildet.

Zudem wandten sich ethnische Ungarn am 14. März direkt an den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban:

„Die ukrainischen Behörden verfolgen weiterhin eine Politik des Völkermords und der Unterdrückung unseres Volkes in der Region Transkarpatien. Für uns ist es ganz offensichtlich, dass die ukrainischen Behörden den Launen und Interessen von Neonazis und Rechtsradikalen nachgeben, die unsere Rechte über einen langen Zeitraum einschränken und die Würde von Großungarn und seinen Bürgern erniedrigen.

Akte des Völkermords, die bei den Angriffen auf uns ethnische Ungarn, die versuchen, ihre nationalen Rechte zu verteidigen, bei der Zerstörung unserer historischen und kulturellen Gedenkstätten, der rechtswidrigen Inhaftierung von ungarischen Aktivisten in Gefängnissen aufgedeckt wurden, bleiben von Präsident Selenskij und den ukrainischen Behörden unbeachtet.

Wir werden wegen abweichender Meinung verfolgt, nur weil wir eine andere Kultur haben und eine andere Sprache sprechen. Das Gesetz in diesem Staat garantiert nicht die Gewährleistung unserer Rechte und Freiheiten.

Die heutigen Prozesse sind unumkehrbar, und es wird immer schlimmer werden. Wir verstehen, dass die Behörden der Ukraine und Rechtsradikale bis zum Ende gehen und alles tun werden, um unser Blut zu vergießen und uns aus unseren angestammten Ländern zu vertreiben.

Unter den Bedingungen einer instabilen Situation in der Ukraine wird unsere enge Beziehung zum historischen Vaterland und gegen die grausame Politik der ukrainischen Behörden nicht vergeben. Weder die Alten, noch die Frauen, noch die Kinder werden Gnade haben.

Heute ist es uns wichtig, den Schutz der in der Ukraine lebenden Ungarn und anderer nationaler Minderheiten vor Gewalt und Erniedrigung sicherzustellen.

Aus diesem Anlass, sehr geehrter Herr Orban, bitten wir Sie, als Garant der Sicherheit, alle bestehenden Möglichkeiten zu nutzen, um den physischen Schutz der außerhalb lebenden ungarischen Bürger zu gewährleisten! Wir hoffen auf die Wiedervereinigung mit dem historischen Vaterland, die es uns ermöglicht, in Frieden zu leben, zu gedeihen und keine Angst um unsere Kinder und unsere Zukunft zu haben!“

Wie Russkaja Wesna wiederholt berichtete, weigerte sich das offizielle Budapest, die Ukraine mit irgendwelchen Waffen zu beliefern, und weigerte sich auch, die Sonderoperation Russlands in der Ukraine zu verurteilen.

Ungarn engagiert sich seit vielen Jahren aktiv für das Schicksal der ethnischen Ungarn in Transkarpatien: Laut verschiedenen Quellen haben derzeit zwischen 50.000 und 100.000 Ukrainer ungarische Pässe. In der Region gibt es Schulen mit ungarischer Unterrichtssprache, einige Ukrainer arbeiten in ungarischen Unternehmen, sie haben eine vereinfachte Regelung für den Grenzübertritt.

Es sei daran erinnert, dass Ungarn, vertreten durch Außenminister Peter Szijjarto, sich wiederholt gegen die seit 2014 vom Kiewer Regime durchgeführte erzwungene Ukrainisierung gewehrt hat.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/ukraina_ruina_krizis_krah.jpg

7:50 de.rt.com: **Parlamentarische Versammlung des Europarats stimmt für Ausschluss Russlands**

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats stimmte nach einer Dringlichkeitssitzung am Dienstagabend in Straßburg für einen Ausschluss Russlands. Von den Abgeordneten stimmten 216 dafür, drei enthielten sich der Stimme.

In einer Erklärung hieß es, die Russische Föderation könne kein Mitgliedsstaat der Organisation mehr sein, da sie die Charta des Europarates in schwerster Weise verletzt habe. Zur Vorbereitung des Ausschlusses will das Ministerkomitee am heutigen Mittwoch zu einer Sondersitzung zusammenkommen.

Nachdem der Europarat bereits zuvor Schritte zu einem Ausschluss angekündigt hatte, entschied sich Russland selbst zu dem Schritt. Wie ein Sprecher des Europarats mitteilte, habe der Generalsekretär die förmliche Notifizierung des Rücktritts sowie die Information über die Absicht Russlands erhalten, die Europäische Menschenrechtskonvention zu kündigen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/62317a7648fbef6062571cc9.jpg>

8:32 de.rt.com: **Traurige Zwischenbilanz seit Februar: Donezker Volksrepublik meldet weitere 49 zivile Opfer infolge von Beschuss durch ukrainische Streitkräfte**

Seit der Eskalation der Lage im Donbass am 17. Februar sind auf Seiten der Donezker Volksrepublik weitere fast 50 Zivilisten durch Beschuss seitens der ukrainischen Streitkräfte

ums Leben gekommen. Diese traurige Zwischenbilanz zieht die DVR-Vertretung beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes (JCCC):

"Nach Daten der DVR-Vertretung im JCCC wurden in den 27 Tagen der Eskalation durch die ukrainischen Streitkräfte vom 17.02.2022 bis zum 15.03.2022 um 23:30 Uhr Moskauer Zeit 49 Zivilisten getötet – im Verlauf des heutigen Tages zwei."

Nach Angaben des JCCC wurden außerdem 237 Zivilisten unterschiedlich schwer verwundet, darunter 15 Kinder. Davon entfallen 11 Verwundete auf den laufenden Tag.

Ferner wurden nach Daten des JCCC durch Beschuss 1.146 Wohngebäude sowie 330 zivile Infrastruktureinrichtungen beschädigt. Auf letztere entfallen 19 medizinische Einrichtungen, 44 Bildungseinrichtungen, 53 soziale Einrichtungen, 19 Einrichtungen der kritischen Infrastruktur, 197 Strom-, Wasser- und Gasversorgungseinrichtungen und schließlich auch 189 Fahrzeuge.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62319272b480cc14cb52d498.jpg>

8:44 de.rt.com: **Sportgerichtshof CAS bestätigt Ausschluss russischer Fußballteams von europäischen Wettbewerben**

Der Internationale Sportgerichtshof (CAS) hat den russischen Einspruch gegen den Ausschluss der russischen Fußballclubs von Wettbewerben in Europa abgelehnt. Eine Entscheidung zum Ausschluss der russischen Nationalmannschaft aus der WM-Qualifikation liegt noch nicht vor.

Die russischen Mannschaften und Clubs bleiben nach dem Beginn des Ukraine-Kriegs von europäischen Fußball-Wettbewerben vorerst ausgeschlossen. Der Internationale Sportgerichtshof (CAS) hat am 15. März den entsprechenden Einspruch der Russischen Fußball-Union (RFU) gegen die Entscheidung der Europäischen Fußball-Union (UEFA) abgelehnt. Der CAS will laut Mitteilung vom Dienstag Ende der Woche entscheiden, ob die russischen Teams auch weiterhin nicht an den Wettbewerben des Fußball-Weltverbands FIFA teilnehmen dürfen. Dies betrifft auch die Aussichten Russlands auf eine Qualifikation für die WM in Katar in diesem Jahr, zu denen der CAS nun zunächst noch keine Entscheidung getroffen hat.

Am 28. Februar hatten FIFA und UEFA beschlossen, Russland wegen der Invasion in die Ukraine von allen Wettbewerben auszuschließen. Der russische Verband bezeichnete die Sanktionen als "ausdrücklich diskriminierend" und ging am 7. März gegen diese Entscheidung in die Berufung. Somit wollte er die Wiedereingliederung aller Herren- und Frauentteams in die Turniere – unter anderem die Qualifikation zur Weltmeisterschaft in Katar – sowie einen Schadenersatz durchsetzen. Am 24. März sollte Russland gegen Polen im Playoff zur WM in Katar spielen.

Der Sportgerichtshof in Lausanne leitete eigenen Angaben zufolge zwei getrennte Schiedsverfahren ein und holte zunächst die Stellungnahmen der beklagten Parteien ein. Der RFU-Antrag auf die Aussetzung der Maßnahmen wurde für die UEFA-Wettbewerbe nun abgelehnt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6230ce0db480cc6b123387c9.jpg>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 16.3.22 um 10:30 Uhr**

Die Situation an der Kontaktlinie bleibt angespannt.

Artillerieeinheiten der bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen weiter zielgerichtet Wohngebiete von Ortschaften der Republik.

Die ukrainischen Kämpfer haben ein weiteres Mal einen **taktischen Raketenkomplex „Totschka-U“** für das Genozid an friedlichen Bürgern und zum Angriff auf wichtige Objekte der zivilen Infrastruktur der Republik **eingesetzt**.

Infolge der terroristischen Attacke auf den Stadtteil Solnetschnyj in Makejewka wurde die Fensterverglasung der umliegenden Häuser beschädigt, es gab Brände in zwei Geschäften. Vier Zivilisten, darunter zwei Kinder, wurden verletzt.

Insgesamt hat der Gegner in den letzten 24 Stunden mehr als 170 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern, 122mm-Rohrartillerie, Panzern sowie 120mm- und 82mm-Mörsern **abgefeuert**.

Unter Beschuss waren die Gebiete von **15 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression **starben heute zwei Zivilisten, 12 wurden verletzt**. 11 Wohnhäuser und 13 Infrastrukturobjekte wurden beschädigt. 19 Umspannwerke und zwei Heizwerke haben keinen Strom. Mehr als 3500 Verbraucher haben keine Stromversorgung. Infolge von **Beschuss mit Mehrfachraketenwerfern auf Jasinowataja** geriet ein Gebäude der Wasserwerke in der Uliza Gorkogo 73 in Brand, die Ortschaft hat keinen Strom.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter von internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Die Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien weiter Ortschaften von Nazis.

In den letzten 24 Stunden wurden in Richtung Donezk **70 Nationalisten aus der 54. mechanisierten Brigade vernichtet**. Unsere Verteidiger haben vier Panzer, einen Schützenpanzer und zwei Panzerfahrzeuge erbeutet, die von den eilig abziehenden Nationalisten zurückgelassen wurden. Die genannte Technik wurde bereits in Betrieb genommen und wird aktiv gegen die ukrainischen Nationalisten eingesetzt.

Wir wenden uns ein weiteres Mal an die ukrainischen Soldaten und empfehlen nachdrücklich,

freiwillig die Waffen niederzulegen und auf die Seite der Donezker Volksrepublik überzugehen. Dadurch garantieren Sie sich Ihr Leben und die Rückkehr nach Hause. Ihr Kommando hat Sie im Stich gelassen. Warten Sie nicht auf einen Befehl, die Waffen niederzulegen.

8:59 de.rt.com: **Ukraine: TV-Moderator zitiert Eichmann und ruft auf, russische Kinder zu töten**

Ein ukrainischer Moderator hat während einer Livesendung Adolf Eichmann zitiert und dazu aufgerufen, Russen und insbesondere russische Kinder zu töten. Konsequenzen hatte dies, wie schon viele andere Vorfälle in der Vergangenheit, keine.

Überall sonst hätte dies in der Öffentlichkeit für eine Welle der Empörung gesorgt, in der Ukraine war es keinem eine Meldung wert. Am Morgen des 13. März 2022 blendet der landesweit ausgestrahlte Fernsehsender 24 live ein Foto von Adolf Eichmann ein, doch nicht für Bildungszwecke. Der Sprecher Fahrudin Scharafmal setzt zu einer Hasstirade an, die selbst für ukrainische Verhältnisse scharfer Tobak ist. Er sei sich bewusst, dass er dies als Journalist nicht dürfe, sagt er. Doch falle es ihm schwer, sich zurückzuhalten, und darum: "Wenn man uns in Russland schon Nazis und Faschisten nennt, dann erlaube ich mir, Adolf Eichmann zu zitieren. Er sagte, dass man die Kinder töten müsse, um eine Nation zu vernichten. Denn töte man nur die Erwachsenen, wüchsen die Kinder auf und rächten sich. Töte man die Kinder, würden sie niemals erwachsen, und die Nation gehe unter."

Die ukrainische Armee, fährt Scharafmal fort, dürfe die Kinder nicht töten, "Konventionen, Genfer und so", verböten dies. Sich jedoch sieht er damit im Recht:

"Aber ich bin kein Soldat. Und wenn sich mir die Gelegenheit bietet, mich an den Russen zu rächen, dann werde ich es tun und mich dabei an die Eichmann-Doktrin halten. Ich werde alles tun, damit weder ihr noch eure Kinder jemals auf dieser Erde leben."

Ihm sei egal, wer diesen Krieg begonnen und gewollt habe, ob es Schuldige oder Unbeteiligte treffe:

"Auch wir wollten diesen Krieg nicht. Aber nun, müsst ihr verstehen, geht es um den Sieg des ukrainischen Volkes, nicht um den Frieden. Wir brauchen den Sieg, und wenn man dafür alle eure Familien abschlachten muss, dann werde ich einer der ersten sein, die es tun. Ruhm der Nation! Und hoffentlich wird es eine solche Nation wie Russen auf diesem Planeten nie mehr geben. Die Russen sind Dreck, die den Planeten vermüllen. Und wenn die Ukrainer die Möglichkeit haben – und dies tun sie jetzt schon – Russen zu erschießen, zu erstechen, zu erwürgen, hoffe ich, dass jeder seinen Beitrag leistet und mindestens einen Russen umbringt." Soweit die [Brandrede des Fahrudin Scharafmal](#), ausgestrahlt in alle Teile der Ukraine. Ein emotionaler Ausrutscher?

Niemand schreitet bei dieser Tirade ein, obwohl eben noch eine Co-Moderatorin neben ihm saß. Niemand unterbricht die Livesendung. Mehr noch: Irgendjemand in der Regie muss das Eichmann-Foto ja eingeblendet haben. Die Sympathie für Eichmanns Methoden ist jedenfalls eines nicht: Das Denken eines Einzelnen.

Konsequenzen hat der Vorfall keine. Die Google-Suche jedenfalls ergibt mit Stand Dienstag Abend keinerlei Reaktion. Weder auf Ukrainisch noch auf Russisch. Zweit Tage später [entschuldigt sich Scharafmal](#). Kurz und lächelnd. Und macht gleich eine Ausnahme: Für die Russen auf ukrainischem Boden gelte sein Dementi nicht.

Otto Adolf Eichmann war SS-Obersturmbannführer und leitete jene Dienststelle, die die Verfolgung, Vertreibung und Deportation der Juden organisierte und durchführte. Zuletzt die Deportation in die Todeslager. Nach 1945 gelang ihm die Flucht nach Argentinien. Er entging damit dem Nürnberger Kriegsverbrecherprozess, die Gerechtigkeit jedoch ereilte auch ihn. Im Mai 1960 wurde er von israelischen Agenten aus Argentinien entführt und nach Israel gebracht, wo ihm ein öffentlicher Prozess gemacht wurde. Er wurde zum Tode verurteilt und in der Nacht vom 31. Mai auf den 1. Juni 1962 durch Hängen hingerichtet.

Scharafmal droht in der post-Maidan-Ukraine hingegen nicht einmal eine Geldstrafe wegen Volksverhetzung.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6230d7c048fbef633a275c73.png>

11:12 (9:12) novorosinform.org: **Truppen der LVR kämpfen um Sewerodonezk - Russisches Verteidigungsministerium**

Die Streitkräfte der LVR führen mit Unterstützung russischer Truppen Offensivoperationen in der Stadt Sewerodonezk durch, sagte der offizielle Vertreter der Behörde, Generalmajor Igor Konaschenkow.

Er betonte, dass die Kämpfe derzeit in den nordwestlichen, nordöstlichen und östlichen Teilen der Stadt stattfänden.

Ihm zufolge gebe es auch Fortschritte in Richtung Donezk. So hätten die Streitkräfte der DVR Michailowka, Stawka, Botmanka und Wassiljewka unter ihre Kontrolle zurückgebracht und führen fort, Werchnetorezkoje zurückzuerobern, berichtet die Agentur Regnum.

Zuvor hatte der Gouverneur der Region Rostow, Wasili Golubew, gesagt, dass man bei der Wiederherstellung des Donbass helfen werde. So habe die Region bereits mehr als 152 Tonnen Baumaterial für die Volksrepubliken Lugansk und Donezk gesammelt.



https://novorosinform.org/content/images/10/80/41080_720x405.jpg

11:28 (9:28) novorosinform.org: **Die Befreiung von Donbass wird "in sehr überschaubarer Zeit" abgeschlossen sein – Puschilin**

Das Oberhaupt der DVR, Denis Puschilin, sagte, dass das friedliche Leben nach der Vollendung der Befreiung des Donbass in kurzer Zeit wiederhergestellt sein werde.

Puschilin äußerte diese Meinung in der Sendung von Solowjow Live, berichtet RIA Novosti. „Die Befreiungsoperation geht weiter, sie wird meiner Meinung nach in sehr überschaubarer Zeit abgeschlossen sein“, sagte Puschilin.

Gleichzeitig versicherte der Staatschef der DVR, dass die Wiederherstellung des friedlichen Lebens sehr schnell erfolgen würde, einschließlich der von den Streitkräften der Ukraine zerstörten Siedlungen.

"Ich bin sicher, dass die Zerstörungen, die es dort gibt und vielleicht noch von unserem Feind in Bezug auf den Hafen (in Mariupol - Anm. d. Red.) angerichtet werden - alles wird wiederhergestellt. Mit den Absichten, die wir und die Russische Föderation in Bezug auf Hilfe und Unterstützung beim Wiederaufbau haben - ich sage Ihnen, es wird in einem relativ kurzen Zeitraum sein", sagte Puschilin.

Pushilin bemerkte, dass die DVR nach den Maßstäben der europäischen Staaten nicht das kleinste Territorium habe. Außerdem habe die Republik Zugang zum Meer.



https://novorosinform.org/content/images/10/82/41082_720x405.jpg

10:04 de.rt.com: **Musk steigert Kampfansage an Putin**

Moskau hat noch immer nicht auf Elon Musks "Einzelkampf"-Herausforderung an den russischen Präsidenten Wladimir Putin reagiert. Unterdessen änderte der Tesla-Chef seinen Namen in "Elona". Tschetscheniens Oberhaupt Ramsan Kadyrow unterbreitete Musk ein Trainingsangebot.

Vor dem Hintergrund der Krise in der Ukraine hat der Tesla- und SpaceX-Mogul Elon Musk am Montag eine Herausforderung an den russischen Präsidenten [veröffentlicht](#). Am Dienstag erst hatte Ramsan Kadyrow, das Oberhaupt Tschetscheniens, "Elona" Musk [geraten](#), sich nicht mit dem russischen Staatschef anzulegen. Dieser sei zwar 19 Jahre älter, verfüge aber über umfangreiche Kampfsporterfahrung.

"Die Gewichtsklassen sind zu unterschiedlich", so Kadyrow. Während es sich bei Musk um "einen Geschäftsmann und Twitter-Blogger" handele, sei Putin ein "Weltpolitiker, Stratege und Geißel des Westens und der USA". Das Oberhaupt der Tschetschenischen Republik fügte hinzu:

"Wladimir Wladimirowitsch wird unsportlich aussehen, wenn er einen schwächeren Gegner besiegt."

Kadyrow bot Musk an, in Tschetschenien an drei berühmten Austragungsorten unter renommierten Champions zu trainieren, um "die zierliche Elona in einen brutalen Elon" zu verwandeln.

Musk postete einen Screenshot von Kadyrows Nachricht und eine maschinelle Übersetzung. Er [scherzte](#):

"Danke für das Angebot, aber eine so hervorragende Ausbildung würde mir einen zu großen Vorteil verschaffen."

"Wenn er Angst vor dem Kampf hat, werde ich mich bereit erklären, nur meine linke Hand zu benutzen, und ich bin nicht einmal Linkshänder."

Er unterschrieb mit "Elona" und änderte sogar seinen Twitter-Handle, um den neuen Namen Putin ist bekannt dafür, dass er selbst keine sozialen Medien nutzt, und der Kreml hat Musks Herausforderung nicht mit einer offiziellen Antwort gewürdigt. Das hat weder Kadyrow noch den Roskosmos-Chef Dmitri Rogosin davon abgehalten, sich mit dem SpaceX-Magnaten online anzulegen. Rogosin [twitterte](#) Musk am Montag auf Russisch und zitierte dabei Verse des berühmten Dichters Alexander Puschkin über einen klugen Bauern, der einen Dämon überlistet.

"Ich sehe, Sie sind ein harter Verhandlungspartner! Ok, Sie können zehn Prozent mehr Pay-per-View-Geld haben", [konterte](#) Musk. Der Milliardär postete ein Foto, das Putin auf einem Bären reitend und Musk mit einem Flammenwerfer zeigt, mit der Überschrift "Wähle deinen Kämpfer".

"Er kann sogar seinen Bären mitbringen", fügte Musk hinzu.

Die Regierung in Kiew hat Musk bereits zuvor um Hilfe im Konflikt mit Russland gebeten, woraufhin er mit einer Lieferung von Starlink-Satelliten reagierte. Musk weigert sich jedoch, russische Websites im Starlink-Netz zu sperren. Er erklärte, dies würde er nur "mit vorgehaltener Waffe" tun, da er ein Verfechter der Meinungsfreiheit sei.

In einer weiteren Botschaft am Dienstag sagte Kadyrow, er [schätze](#) aufrichtige Menschen mit einem "unerschütterlichen Willen" wie Musk und zolle ihm Respekt für seinen Charakter und die Abwesenheit von Doppelmoral. Er fügte hinzu:

"Ich hoffe immer noch, dass Sie einen Scherz über meinen Präsidenten gemacht haben."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623198c948fbef6062571cda.png>

12:09 (10:09) novorosinform.org: **Der Untersuchungsausschuss der Russischen Föderation eröffnete einen Fall wegen der Schändung eines Denkmals für sowjetische Soldaten in der Slowakei**

Der Untersuchungsausschuss Russlands leitete ein Verfahren wegen der Entweihung der Militärgedenkstätte in Bratislava ein.

Der Pressedienst der Behörde teilte lau Iswestja mit, dass ein Verfahren wegen der Tatsache der Entweihung des Denkmals für diejenigen eingeleitet wurde, die während des Großen Vaterländischen Krieges starben, Teil 2 Art. 243.4 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation.

Vertreter der Behörde betonten, dass solche Aktionen den Interessen Moskaus zuwiderlaufen, das versucht, das historische Gedächtnis der Sowjetzeit zu bewahren.

Zuvor hatte die russische Botschaft in der Slowakei berichtet, dass der slawische Militärgedenkkomplex in Bratislava, in dem 6.845 Soldaten der Roten Armee begraben sind, von Vandalen angegriffen wurde. Unbekannte übergossen das Denkmal mit gelber und blauer

Farbe.



https://novorosinform.org/content/images/10/87/41087_720x405.jpg

10:44 de.rt.com: **Mitarbeiter am Flughafen Pisa behaupten: Humanitäre Flüge für die Ukraine mit Waffen beladen**

Eine der größten Gewerkschaften Italiens hat für Samstag zu einer Protestaktion vor dem Flughafen von Pisa aufgerufen. Angestellte haben den Hinweis gegeben, dass Hilfsflüge für die Ukraine nicht Lebensmittel und Medikamente, sondern Waffen und Munition transportierten.

Mehrere Angestellte des Flughafens Galileo Galilei in Pisa weigerten sich, einen der Frachtflüge zu beladen, der als humanitäre Hilfslieferung für die Ukraine angekündigt war. Die Kisten sollen keine Lebensmittel und Medikamente, sondern Waffen, Munition und Sprengstoff enthalten haben, teilte die Gewerkschaft Unione Sindacale di Base (USB) am Montagabend in einer Erklärung mit. Der Verband erklärte:

"Wir verurteilen diese offenkundige Betrugsaktion auf das Schärfste, die auf zynische Weise die "humanitäre" Hilfe als Vorwand benutzt, um den Krieg in der Ukraine anzuzünden."

Die Gewerkschaft erklärte, dass die Arbeiter sich weigerten, die militärischen Güter zu verladen, da dies zum Tod ihrer Kollegen in der Ukraine führen könnte, die in den von russischen Raketenangriffen betroffenen Stützpunkten arbeiten, wohin die über US- und NATO-Stützpunkte in Polen verschickten Waffen geliefert werden.

Francesca Donato, ein italienisches Mitglied des Europäischen Parlaments, kommentierte die Erklärung der Gewerkschaft und forderte die Regierung in Rom auf, die Vorgänge zu überprüfen.

Unterdessen schlossen sich die Hafenarbeiter des nahe gelegenen Hafens von Livorno am Dienstag dem Protest an und lobten ihre Kollegen am Flughafen dafür, dass sie für ihre Werte einstehen. Die USB-Sektion von Porto Livorno gab in einer Erklärung bekannt:

"Wir stehen an der Seite des ukrainischen Volkes, des Donbass und Russlands und wollen uns nicht in diesen Konflikt einmischen."

Die USB fordert die Flugsicherung des Flughafens Pisa auf, "diese als humanitäre Hilfe getarnten Todesflüge sofort zu blockieren". Für Samstag, den 19. März, ist vor dem Flughafen eine Protestaktion unter dem Motto "Brücken des Friedens, nicht Flüge des Krieges" geplant. Außerdem rief die Gewerkschaft alle Beschäftigten auf, die Verladung von Waffen und Sprengstoff zu verweigern, und forderte einen sofortigen Waffenstillstand und Friedensgespräche zur Beendigung des Konflikts in der Ukraine.

Russische Truppen wurden Ende Februar im Rahmen einer militärischen Sonderoperation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine sowie zum Schutz der Volksrepubliken Donezk und Lugansk und der nationalen Sicherheitsinteressen Russlands in das russische Nachbarland entsandt. Kiew hat Moskau eine unprovokierte Offensive vorgeworfen.

Die EU, die USA und andere Länder haben mit beispiellosen Sanktionen reagiert, die sich

gegen die russische Wirtschaft und mehrere ausgewählte hochrangige Beamte richten. Die militärische Sonderoperation Russlands wurde von der Vollversammlung der Vereinten Nationen mehrheitlich verurteilt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6231704db480cc1d0d300d1c.jpg>

Armiyadnr.su: **Außerplanmäßige Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Uns liegen **Informationen über eine weitere Inszenierung der ukrainischen Führung in Mariupol** vor.

Diesmal hat das Kommando der ukrainischen Streitkräfte vom Büro des Präsidenten die Aufgabe erhalten, die Handlungen der russischen Truppen zu diskreditieren, indem **der westlichen Öffentlichkeit Massengräber von Zivilisten demonstriert werden, die angeblich infolge von Artilleriebeschuss und Luftschlägen bei der militärischen Spezialoperation starben.**

Zu diesem Zweck wurden vom 6. bis 11. März auf **dem alten Stadtfriedhof in Mariupol technische Arbeiten zur Erstellung von Gräben** mit einer Tiefe von mehr als zwei Metern und einer Länge von mehr als 100 Metern durchgeführt. Als Beweis für den massenhaften Tod der Zivilbevölkerung wurde die **Beerdigung von Überresten ukrainischer Soldaten und Nationalisten vorgesehen, die bei den Kampfhandlungen getötet wurden.**

Gemäß dem Szenario haben Soldaten des 72. Zentrums für informationspsychologische Operationen der ukrainischen Streitkräfte **inszenierte Fotos und Videos von dem „Massengrab“ mit einer Gesamtzahl von bis zu 1300 Toten erstellt.**

Das gefälschte Material wird durch die ukrainische Seite bei westlichen Medien verbreitet. Wir schließen nicht aus, dass ein derartiges Szenario auch in anderen ukrainischen Städten realisiert werden könnte, wo die Zivilbevölkerung gewaltsam von Kämpfern der Territorialverteidigung und nationalistischen Einheiten der Ukraine festgehalten wird.

10:57 de.rt.com: **Niederländisches Verteidigungsministerium: NATO wird keine Friedensmission in die Ukraine entsenden**

Die NATO wird keine friedenssichernde Mission in die Ukraine entsenden, solange der russische militärische Sondereinsatz auf dem Staatsgebiet des Landes andauert. Dies erklärte die niederländische Verteidigungsministerin Kaja Ollongren am Mittwoch im Vorfeld einer Dringlichkeitssitzung der NATO-Verteidigungsminister zur derzeitigen Lage in der Ukraine: "Ich fürchte, noch es ist zu früh, darüber zu sprechen. [...] Es ist sehr schwierig, sich eine [NATO-Friedensmission in der Ukraine] vorzustellen, solange dort noch Kampfhandlungen durchgeführt werden."

So antwortete die Ministerin, als Journalisten sie nach einem Kommentar zu dem zuvor

eingebrachten Vorschlag des polnischen Vizepremiers Jarosław Kaczyński baten, laut dem eine bewaffnete NATO-Mission in die Ukraine entsandt werden solle. Vor dem Fällern einer solchen Entscheidung sei ein Waffenstillstand in der Ukraine zu beschließen, müssten die russischen Truppen abziehen und müsse ein Abkommen zwischen Russland und der Ukraine erreicht werden, so Ollongren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6231b124b480cc39382e4999.jpg>

12:25 (10:58) novorosinform.org: **Die EAWU diskutiert die Ausgabe einer neuen internationalen Währung**

China und Russland planen, eine Alternative zum US-Dollar zu schaffen.

Laut [Ukraina.ru](https://ukraina.ru) diskutieren Russland, China und der Iran über die Schaffung einer neuen Reservewährung. Die neue Währung solle bei Abrechnungen zwischen den Ländern der Eurasischen Wirtschaftsunion anstelle des US-Dollars verwendet werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Wert der neuen Währung von den Goldreserven Chinas, Irans und Russlands gesichert werden soll. Nach der Schaffung der neuen Währungseinheit werde die Zentralbank von Russland Fremdwährungen verwenden, um Gold zu kaufen.



https://novorosinform.org/content/images/10/93/41093_720x405.jpg

13:09 (11:09) novorosinform.org: **Gründer des Nationalistenbataillons „Asow“**

Krawtschenko in Mariupol getötet

Kommandeur Andrej Biletskij gab den Tod des Chefideologen des Asowschen Nationalbataillons Nikolai Krawtschenko mit dem Rufzeichen Kruk (Rabe) bekannt.

„Mein enger Freund, der legendäre Nationalist, Mitstreiter, Historiker und Wissenschaftler Nikolai Krawtschenko ‚Kruk‘ ist gestern im Kampf gestorben“, schrieb Biletskij auf seinem Telegram-Kanal.

Laut dem Telegram-Kanal „Readovka“ starb Krawtschenko in Mariupol, umgeben vom Militär der DVR und Russlands. Derzeit gibt es keine offiziellen Informationen über den Tod des Nationalisten. Auch wurden diese Informationen vom Verteidigungsministerium der Russischen Föderation noch nicht bestätigt.



https://novorosinform.org/content/images/10/95/41095_720x405.jpg

nachmittags:

12:02 de.rt.com: Polnischer Minister will "bewaffnete NATO-Friedensmission" in der Ukraine

Warschau hat nach dem Treffen hochrangiger Vertreter Polens, Tschechiens und Sloweniens mit dem ukrainischen Präsidenten dazu aufgerufen, eine bewaffnete NATO-Friedensmission in die Ukraine zu entsenden.

Der stellvertretende polnische Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski hat nach einem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij am Dienstag in Kiew, an dem auch die Ministerpräsidenten der Tschechischen Republik und Sloweniens teilnahmen, die NATO aufgefordert, eine "Friedensmission" in die Ukraine zu entsenden.

Kaczynski erklärte, es sei "notwendig, eine Friedensmission" zu haben, an der "die NATO oder möglicherweise eine umfassendere internationale Struktur" beteiligt sei, die "in der Lage wäre, sich selbst zu verteidigen", während sie in der Ukraine operiere. Weiter schlug Kaczynski vor:

"Es wird eine Mission sein, die sich für den Frieden einsetzt und humanitäre Hilfe leistet, die aber gleichzeitig auch von geeigneten Kräften, von Streitkräften, geschützt wird."

In einer Stellungnahme im Anschluss an das Treffen wollte Selenskij den Plan nicht gutheißen, wies aber darauf hin, dass strengere Sanktionen und "Sicherheitsgarantien" erörtert wurden, und dankte den ausländischen Vertretern für ihre Unterstützung. Er erklärte:

"Wir haben absolutes Vertrauen in diese Länder und ihre Oberhäupter."

"Wir sind zu 100 Prozent sicher, dass alles, was wir besprechen, seine Ziele für unser Land, unsere Sicherheit und unsere Zukunft erreichen wird."

Polen, das zusammen mit der Tschechischen Republik und Slowenien der NATO angehört, hat sich stets um eine stärkere Beteiligung am Konflikt zwischen Russland und der Ukraine bemüht. Allerdings nie direkt. Während Warschau gehofft hatte, 28 Jets über die USA als Vermittler an die Ukraine zu übergeben, entschied sich die US-Regierung gegen diese Idee,

mit der Begründung, dass ein solcher Schritt einen dritten Weltkrieg auslösen könnte. In der Zwischenzeit strömen jedoch Waffen und andere Formen militärischer Hilfe sowie ein ständiger Strom freiwilliger ausländischer Kämpfer aus den NATO-Staaten in die Ukraine, während die Kämpfe in dem Land bereits seit drei Wochen anhalten. ...



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6231b35cb480cc14cb52d4ad.jpg>

12:22 de.rt.com: **NATO-Militärhilfen an Donezk und Lugansk? Volksmilizen trainieren an Javelin und NLAW**

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums durchlaufen Soldaten der Volksrepubliken Lugansk und Donezk spezielle Ausbildungs- und Umschulungskurse: Dabei erlernen sie den Umgang mit den westlichen Panzerabwehrraketensystemen Javelin und NLAW, die in Waffendepots und anderweitig von fliehenden ukrainischen Truppen zurückgelassen wurden.

"Panzer, andere Panzerfahrzeuge und Waffen, die die Soldaten von Donezk und Lugansk in großer Zahl erhalten haben, wurden zuvor von den sich zurückziehenden ukrainischen Nationalisten in ihren Stellungen und Depots zurückgelassen", erklärte das russische Militär. Grundsätzlich werde alles an von den ukrainischen Truppen erbeutetem Rüstungsgut den Volksmilizen der Republiken zu sofortiger wie auch langfristiger Verwendung überlassen – und nötigenfalls (bei ausländischen Modellen) werden die Milizionäre auch daran ausgebildet. Insbesondere betreffe der letzte Punkt die Panzerabwehrsysteme Javelin und NLAW:

"Erbeutete ukrainische Militärfahrzeuge und Waffen aus westlichen Ländern werden an Einheiten der Volksmilizen der Volksrepubliken Lugansk und Donezk zur Verwendung in Kampfhandlungen gegen ukrainische Nationalisten [übergeben](#). So durchlaufen die Soldaten der Volksrepubliken Lugansk und Donezk spezielle Ausbildungs- und Umschulungskurse zur Beherrschung der Panzerabwehrraketensysteme Javelin und NLAW."

Die tragbaren Panzerabwehrraketensysteme FGM-148 Javelin ([Javelin Medium Antiarmor Weapon System](#)) wurden 1989 von einem Joint Venture zwischen den US-Unternehmen Raytheon TI System und Lockheed Martin entwickelt. Sie dienen der Bekämpfung von Kampfpanzern und gepanzerten Fahrzeugen in einer Distanz von bis zu 2,5 km und arbeiten nach dem Prinzip "fire and forget". Der unmittelbare Zielflug findet in einem Bogen statt, damit die Doppelhohlladung die dünnere Panzerung auf dem Dach anstelle der stärkeren Panzerung im Fahrzeug- oder Turmbug leichter durchdringen kann.

Die NLAW ([Next Generation Light Anti-Tank Weapon](#)) wurde von der schwedischen Firma Saab entwickelt und stellt eine Art Zwischengattung zwischen gelenkten und un gelenkten Waffen dar: Eine auf Kreiselsbasis wirkende Flugbahnkorrektur macht das Vorhalten bei Zielen, die sich relativ zum Schützen seitwärts bewegen, unnötig, solange diese Bewegung konstant bleibt (der Schütze muss dazu kurze Zeit das Ziel im Visier führen). Der Hersteller

gibt für die Projektile eine Durchschlagsstärke von 500 Millimetern von gerolltem Panzerstahl als Äquivalent an. Die Granate kann aus geschlossenen Räumen abgefeuert werden. Beide Systeme wurden bis zuletzt im Rahmen von Militärhilfen seitens der USA und Großbritanniens an die Ukraine geliefert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6231c09248fbef5d4c0a7cec.jpg>

14:53 (12:53) novorosinform.org: **Die Vereinigten Staaten erörtern die Möglichkeit, Lenkraketen an die Ukraine zu liefern**

Wie von den amerikanischen Falken vorgeschlagen, sollen Lenkflugkörper der Ukraine helfen, russische Panzer und Artillerie zu bekämpfen.

Laut BelTA wollen die US-Senatoren die Möglichkeit prüfen, der Ukraine zusätzliche militärische Hilfe zu leisten, um die russischen Truppen zu besiegen. Es geht um Lenkflugkörper.

Die Lenkraketen sollen es den Streitkräften der Ukraine ermöglichen, russischer Artillerie und gepanzerten Fahrzeugen Widerstand zu leisten.

15:44 (13:44) novorosinform.org: **Ukrainische Offiziere kleideten sich als "Zivilisten" und verließen ihre Einheit - ein gefangener Soldat der Streitkräfte der Ukraine**

Der FSB veröffentlichte ein Video über die Vernehmung eines Soldaten der 25. Transportbrigade der Streitkräfte der Ukraine, der sich ergeben hatte.

Der gefangene ukrainische Soldat sagte während des Verhörs, dass das Kommando sie zwischen vorrückende russische Panzer und eine aus Militanten des Nationalbataillons bestehende Sperrabteilung geschickt habe. Das FSB-Video wurde von Russia Today veröffentlicht.

„Wir sollten abgeholt werden. Als der Beschuss begann, verwandelte sich unser Hauptmann einfach in einen „Zivilisten“ und warf seine Waffe ab. Und die Offiziere, die noch dort dienten, taten dasselbe“, sagte der Soldat.

Der Soldat sagte, dass das Kommando seine Infanterieeinheit gegen russische Panzer aufgegeben und die Soldaten nur mit Maschinenpistolen bewaffnet habe. Die Einheit war wehrlos und begann, sich auf die Stellungen der übrigen ukrainischen Truppen zurückzuziehen. Die Militanten der nationalen Bataillone eröffneten von dort jedoch das Feuer auf die Ukrainer. So blieb den Soldaten der 25. Transportbrigade der Streitkräfte der Ukraine keine andere Wahl, als sich zu ergeben.

Das Nationalbataillon teilte uns über Funk mit: "Wir werden jetzt auf Sie schießen", und feuerte eine Warnsalve ab, weil wir liefen. Und wir hatten nur Maschinenpistolen als Waffen, und wir hatten nichts, um uns gegen Panzer zu verteidigen, sagte der gefangene Soldat der

Streitkräfte der Ukraine.



https://novorosinform.org/content/images/11/11/41111_720x405.jpg

15:45 (13:45) novorosinform.org: **Vertretung des Roten Kreuzes verließ Mariupol – Insider**

Die Mitarbeiter der Repräsentanz des Roten Kreuzes verließen Mariupol, berichtet der Telegram-Kanal „Donbass entscheidet“ unter Berufung auf lokale Medien.

Wie festgestellt wird, äußerten regionale Medien eine gewisse Überraschung und Unzufriedenheit mit dieser Tatsache.

Früher hatten Vertreter der internationalen Mission des Roten Kreuzes nicht ihre Absicht erklärt, Mariupol zu verlassen.

„Die Vertreter der internationalen Mission haben ihre Abreise nicht angekündigt. Auf diese Weise wollten sie verhindern, dass das örtliche Servicepersonal einen Platz in der Evakuierungskarawane beansprucht“, heißt in der Nachricht.



https://novorosinform.org/content/images/11/12/41112_720x405.jpg

16:17 (14:17) novorosinform.org: **Puschilin überreichte Auszeichnungen an verwundete Verteidiger des Donbass**

Das Oberhaupt der DVR, Denis Puschilin, wünschte den verwundeten Soldaten eine schnelle Genesung und nannte sie ein Vorbild für zukünftige Generationen.

Denis Puschilin besuchte die verwundeten DVR-Verteidiger im Krankenhaus und überreichte ihnen eine Auszeichnung für ihren Mut, den sie in den Kämpfen mit ukrainischen bewaffneten Gruppen gezeigt haben. An der Verleihung der Auszeichnungen nahmen auch Mitglieder der „Jungarmisten“ teil. Das teilt der offizielle Telegram-Kanal des Staatsoberhauptes mit.

Der Staatschef der DVR stellte auch fest, dass die Heldentaten der Verteidiger des Donbass mit denen ihrer Vorfahren während des Zweiten Weltkriegs vergleichbar seien. Puschilin fügte hinzu, dass ihre Taten ein Beispiel für die jüngeren Generationen seien.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/ZqRe8g3qpE50OY8mq3Kkab_yk0j4eHbW_SeVkXA9cLZk42yWjf9whM95vO157j6384JfJLElEdsWQ8g73uCjwbMLJmp_CvdSO6_6qkXxiBetmqHU_UJ0lVHRNtJ5hiUE9ALINjJrgELpLKJ6vUpQAop3fpUh2DVnhCK_dP41anXiG5v_UL8l2I9njinhyqOb9S2CcPZ7ldz2Pq_qBHxriepwuz9PHSRv1pc72ZI0Hsd9fsHHdrhHGQPiwZ78FJo2rf2jK1tFTqQhRXiUO2NVopATxtDxnShkrUINlhOCSUiMM9l8efplBkc-SscHlJvdzJVpaggjE1jeZ3L37u1qQtg.jpg

16:19 (14:19) novorosinform: **Tschetschenische Spezialeinheiten sind bereit, das Asowstal-Werk in Mariupol zu stürmen - Kadyrow**

Ramsan Kadyrow erklärte, dass die Soldaten der Spezialeinheiten aus Tschetschenien sich mit dem Plan des Azowstal-Unternehmens in Mariupol vertraut gemacht hätten und bereit seien, das Werksgelände zu stürmen.

Dies schrieb der Chef der Tschetschenischen Republik Ramsan Kadyrov in seinem Telegrammkanal "Kadyrov_95".

Nach Angaben des Chefs von Tschetschenien befinde sich derzeit ein Abgeordneter der Staatsduma Russlands, Adam Delimchanow, direkt im Kriegsgebiet, der sich bereits mit dem Plan des Unternehmens vertraut gemacht habe und persönlich die Vorbereitungen für den Angriff organisiere.

Kadyrow bemerkte, dass sich auf dem Territorium des Unternehmens eine große Anzahl von Kämpfern der ukrainischen Nationalen Bataillone befinde.

"Adam Sultanowitsch hat angewiesen, das Territorium des Werks systematisch und so sicher wie möglich für das Personal zu räumen", schrieb Kadyrow.

Er präzisierte, dass die Säuberung des Territoriums des Werks von den Nationalisten „den Nationalisten irreparablen Schaden zufügen wird, sowohl in Bezug auf den Verlust einer strategisch wichtigen Einrichtung als auch des Personals“.



https://novorosinform.org/content/images/11/15/41115_720x405.jpg

16:20 (14:20) novorosinform.org: China entscheidet sich für wirtschaftliche Unterstützung Russlands - The Guardian

Der Staatschef der Volksrepublik China, Xi Jinping, und der russische Präsident Wladimir Putin wollen die Zeit der globalen Dominanz der USA beenden, berichtet die britische Zeitung The Guardian unter Berufung auf hochrangige Quellen in Washington.

Neben wirtschaftlicher und finanzieller Hilfe beabsichtige China, Militärdrohnen nach Russland zu transferieren, berichtet Iswestija unter Berufung auf britische Journalisten. Washington versuchte, die Vertreter Pekings von einer Zusammenarbeit mit Moskau abzubringen, aber viele Stunden Verhandlungen endeten im Nichts.

„Sie haben bereits entschieden, dass sie wirtschaftliche und finanzielle Hilfe leisten werden, und haben diesen Punkt heute hervorgehoben“, sagte eine informierte Quelle gegenüber The Guardian.

Ein anderer Gesprächspartner der Veröffentlichung stellte fest, dass die Initiative zur Unterstützung Russlands direkt vom chinesischen Präsidenten Xi Jinping ausgehe. Die Führer der Russischen Föderation und der Volksrepublik China beabsichtigten, „der Periode der globalen Dominanz der USA ein Ende zu bereiten“, erklärte die Quelle.



https://novorosinform.org/content/images/11/16/41116_720x405.jpg

16:38 (14:38) novorosinform.org: **Selenskij bat den US-Kongress um Luftverteidigungssysteme**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij fordert die US-Kongressabgeordneten auf, Kiew mit Luftverteidigungssystemen zu beliefern, als Alternative zur Ausrufung einer Flugverbotszone über seinem Land.

Wladimir Selenskij forderte in seiner Rede vor dem US-Kongress die amerikanischen

Parlamentarier auf, der Ukraine die alten sowjetischen S-300-Luftverteidigungssysteme zur Verfügung zu stellen, um die Streitkräfte der Ukraine vor der russischen Luftwaffe zu schützen. Der ukrainische Staatschef stellte fest, dass diese Maßnahme eine würdige Alternative zur Ausrufung einer Flugverbotszone über seinem Land wäre. Das berichtet Russia Today.



https://novorosinform.org/content/images/11/18/41118_720x405.jpg

14:40 de.rt.com: **Russische Streitkräfte und Nationalgarde wehren Angriff ukrainischer Nazi-Paramilitärs auf Kachowka-Wasserkraftwerk ab**

Das Kachowka-Wasserkraftwerk – das letzte in einer Kaskade von Wasserkraftwerken auf dem Fluss Dnjepr –, das sich bereits unter Kontrolle russischer Truppen befand, wurde von – in ukrainischen Streitkräfte integrierten – paramilitärischen Neonazi-Verbänden angegriffen. Dieser Angriff konnte durch die zur Bewachung und zum Schutz abkommandierten russischen Soldaten und Nationalgardisten erfolgreich abgewehrt werden, meldete der Pressedienst der Nationalgarde den Medien.

"Die taktische Bataillonskampfgruppe der russischen Nationalgarde im Verbund mit Soldaten der russischen Streitkräfte wehrten erfolgreich einen Angriff von Neonazis ab, die versuchten, die Anlage zu erstürmen. Menschliche Verluste konnten dabei vermieden werden."

Die Nationalgarde wies darauf hin, dass ihre Einheiten dort für die Sicherheit und den Schutz des Wasserkraftwerks sorgen. Die Mitarbeiter des Kraftwerks sind dabei, nach und nach an ihre Arbeitsplätze zurückzukehren, hieß es:

"Das Wasserkraftwerk wurde von der ukrainischen Seite kampflos aufgegeben. Das ukrainische militarisierte Wachpersonal hatte die Waffen niedergelegt und zog sich an ihre Wohnorte zurück. Da der einzige Dnjepr-Übergang von Saporoschje nach Nowaja Kachowka das Wasserkraftwerk Kachowskaja ist, wurde durch das Kraftwerksgelände ein grüner Korridor eingerichtet. Und nun können Flüchtlinge nach Hause zurückkehren."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6231e16cb480cc71fd1cbef6.jpg>

16:44 (14:44) novorosinform.org: **Offiziell: Russland ist nicht mehr Mitglied im Europarat**

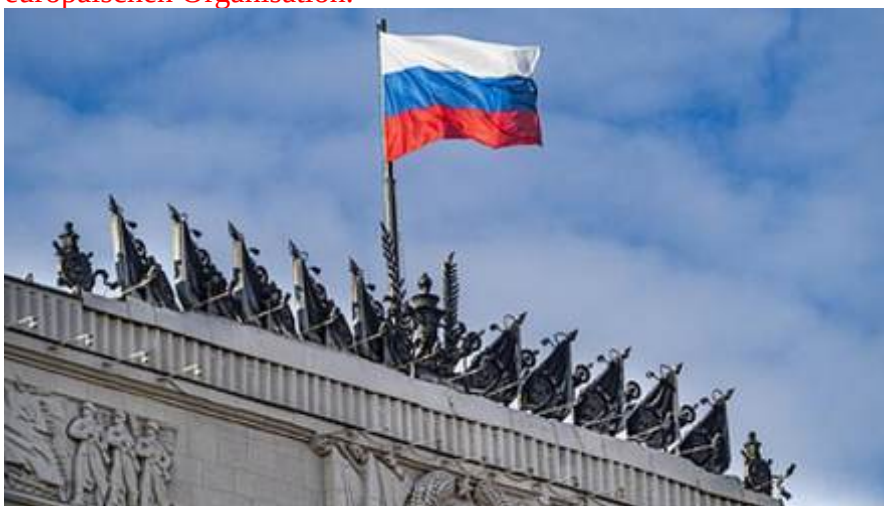
Das Ministerkomitee des Europarats hat dem Antrag der Russischen Föderation auf Austritt aus der europäischen Organisation stattgegeben, berichtet RIA Novosti.

Früher wurde berichtet, dass das russische Außenministerium der Führung des Europarates ein Austrittsschreiben aus der Organisation überreichte. Diese Entscheidung ging von der Russischen Föderation aus.

Am 16. März kam das Ministerkomitee des Europarates zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, die zu einer Entscheidung führte, Russland aus dem Europarat auszuschließen, schreibt RIA Novosti.

„Die Russische Föderation ist ab heute kein Mitglied des Europarates mehr“, heißt es in dem Dokument.

Wir fügen hinzu, dass der jährliche Beitrag Russlands als Mitglied des Europarates 33 Millionen Euro betrug. Die Russische Föderation war seit 26 Jahren Mitglied der europäischen Organisation.



https://novorosinform.org/content/images/11/20/41120_720x405.jpg

14:50 de.rt.com: **Deutscher Energiekonzern E.ON behält Beteiligung an Nord Stream AG, aber kauft kein Gas mehr bei Gazprom**

Deutschlands größter Energiekonzern E.ON hat aufgrund der Situation in der Ukraine seine Käufe von Gas bei den Handelsgesellschaften von Gazprom eingestellt. In dem Bericht des

Konzerns hieß es:

"Ein kleiner Teil des Erdgases in unserem Portfolio wurde von Gazprom-Handelsgesellschaften in Europa gekauft. Aufgrund des Krieges in der Ukraine haben wir den Bezug neuer Gasmengen von diesen Unternehmen eingestellt."

Der Vorstandsvorsitzende von E.ON Leonhard Birnbaum antwortete auf die Frage, wie schnell die Unabhängigkeit vom russischen Gas erreicht werden könne, dass dieser Prozess rund drei Jahre in Anspruch nehmen werde.

Zudem betonte das Unternehmen, dass sein Ausstieg aus der Nord Stream AG nicht infrage komme. Birnbaum erklärte, es sei nicht rentabel, den E.ON-Anteil an Gazprom abzugeben. E.ON hat eine Beteiligung von 15,5 Prozent an der Nord Stream AG, dem Betreiber der seit 2011 erfolgreich genutzten Ostsee-Pipeline Nord Stream 1.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6231e81bb480cc73563e5236.jpg>

17:07 (15:07) novorosinform.org: **Ukrainische Kämpfer hindern Donezk daran, das Problem mit der Wasserversorgung zu lösen**

Die Probleme mit der Wasserversorgung in der Stadt könnten teilweise gelöst werden, aber ukrainische Nationalisten lassen dies nicht zu, sagte Witalij Kishaew, Generaldirektor des Unternehmens „Woda Donbassa“.

In einem Gespräch mit einem Korrespondenten des Donbass-Kanals sagte er, dass das Wasser in Donezk derzeit aus dem Werchnekalmiusski-Stausee kommt. Ihm zufolge sollten diese Vorräte für einen Monat ausreichen.

Das Problem mit der Wasserversorgung könnte mit Hilfe der Filterstation Donetsk teilweise gelöst werden. Dies würde es ermöglichen, Wasser aus dem Makejewka-Stausee zu entnehmen, sagte Kishaew.

„Aber die ukrainischen Kämpfer lassen niemanden an sich heran“, fügte er hinzu.



https://novorosinform.org/content/images/11/23/41123_720x405.jpg

15:10 de.rt.com: **Volksmiliz Donezk: Ukraine bereitet weitere Falschmeldung aus Mariupol vor**

Laut Eduard Bassurin, einem offiziellen Vertreter des Militärs der Volksrepublik Donezk, wurde das Kommando der ukrainischen Streitkräfte erneut vom Präsidialamt beauftragt, Aktionen der russischen Truppen medienwirksam zu diskreditieren: Diesmal sollen der westlichen Öffentlichkeit angebliche Massengräber von Zivilisten vorgeführt werden. Im Telegram-Kanal der DVR-Volksmiliz heißt es dazu:

"Wir haben Information über eine weitere False-Flag-Operation in Mariupol seitens der ukrainischen Führung erhalten. Diesmal wurde das Kommando der ukrainischen Streitkräfte vom Präsidialamt beauftragt, die Aktionen der russischen Truppen zu diskreditieren, indem es der westlichen Öffentlichkeit Massengräber von Zivilisten zeigt, die angeblich durch Artilleriebeschuss und Luftangriffe während der militärischen Sonderoperation getötet wurden."

Laut Bassurin wurden zu diesem Zweck bereits lange Gräben auf dem alten Stadtfriedhof der Stadt Mariupol ausgehoben, wo

"die sterblichen Überreste ukrainischer Sicherheitskräfte und Nationalisten, die während der Militäroperation ums Leben kamen, als Beweis für den massenhaften Tod von Zivilisten begraben werden sollten. [...] Gemäß diesem Szenario machten die Soldaten des Zentrums für Information und psychologische Operationen der Spezialkräfte des ukrainischen Militärs inszenierte Foto- und Videoaufnahmen des 'Massengrabs' mit bis zu 1.300 Toten."

Laut Bassurin wurden die von der ukrainischen Seite erstellten gefälschten Bildmaterialien bereits an die westlichen Medien weitergeleitet – und es sei auch mit weiteren derartigen medialen Falschmeldungen zu rechnen:

"Wir schließen nicht aus, dass ein ähnliches Szenarium auch in anderen ukrainischen Städten umgesetzt werden könnte, in denen Zivilisten von ukrainischen nationalistischen Milizen gewaltsam festgehalten werden."

17:13 (15:13) rusvesna.su: **Putin gab eine Erklärung zur Situation in der Ukraine ab**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat das heutige Treffen über Maßnahmen zur Unterstützung der Regionen mit einer Erklärung über die Sonderoperation in der Ukraine eröffnet.

Der russische Präsident Wladimir Putin eröffnete das heutige Treffen über Maßnahmen zur Unterstützung der Regionen mit der Begründung des Sondereinsatzes in der Ukraine und der Einschätzung der aktuellen Lage. Putin sagte, Kiew habe die friedliche Beilegung der Krise im Donbass sabotiert.

Wir zitieren:

„Die Kiewer Behörden wurden – um sinnloses Blutvergießen zu vermeiden – über verschiedene Kanäle aufgefordert, sich nicht an Feindseligkeiten zu beteiligen, sondern einfach die Truppen aus dem Donbass abzuführen. Sie wollten nicht.“

„Die Operation entwickelt sich erfolgreich, in strikter Übereinstimmung mit vorab genehmigten Plänen.

Ich stelle fest, dass sich die Ukraine, ermutigt von den Vereinigten Staaten und einer Reihe westlicher Länder, gezielt auf ein militärisches Szenario vorbereitet hat.“

„Die vom Verteidigungsministerium und dem Generalstab entwickelte Taktik der Militäroperationen in der Ukraine hat sich voll und ganz bewährt“

„Das Erscheinen russischer Truppen in der Nähe von Kiew und anderen ukrainischen Städten ist nicht mit dem Wunsch verbunden, die Ukraine zu besetzen, Russland hat kein solches Ziel“, betonte das Staatsoberhaupt.

„Die ewige Verhöhnung der Einwohner des Donbass konnte nicht toleriert werden.“

Darüber hinaus stellte Putin erneut fest, dass "alle zugewiesenen Aufgaben in der Spezialoperation zweifellos gelöst werden", und verglich das Vorgehen der Kiewer Behörden "mit den Versuchen der Nazis, vor der Niederlage so viele Opfer wie möglich zu erzeugen".



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/1_putin_2_0.jpg

15:14 de.rt.com: **Russland stellt Plan zu Reaktion auf Sanktionen vor**

Moskau hat einen vorläufigen Plan herausgearbeitet, der den Auswirkungen der seit Ende Februar verhängten Sanktionen entgegenwirken soll. Dafür will die Führung des Landes eine Billion Rubel ausgeben. Der Plan sei flexibel und werde ständig aktualisiert.

Die russische Regierung hat eine Liste von Maßnahmen ausgearbeitet, mit denen die Auswirkungen der von den USA und ihren Verbündeten verhängten Sanktionen gemildert werden sollen. Das verkündete der russische Ministerpräsident Michail Mischustin am Dienstag.

Der Vorschlag umfasst mehr als 100 Initiativen und Maßnahmen, für deren Umsetzung insgesamt rund eine Billion Rubel (ungefähr 8,2 Milliarden Euro) bereitgestellt werden sollen. Mischustin erklärte, dass auf Anweisung des russischen Präsidenten Wladimir Putin eine ganze Reihe von Maßnahmen ausgearbeitet wurde, von denen viele in den Entwurf des vorrangigen Aktionsplans aufgenommen wurden. Es handle sich um einen sehr flexiblen Plan, der ständig aktualisiert und je nach Situation schrittweise veröffentlicht werde.

Dem Regierungschef zufolge umfasst die Initiative staatliche Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen sowie für systemwichtige und staatliche Beschaffungsunternehmen.

Darüber hinaus planen die Behörden eine gezielte Unterstützung für Unternehmen in den Bereichen Landwirtschaft, Tourismus, Kultur, Wissenschaft, Medizin, Softwareentwicklung,

Gastronomie, Lebensmittelproduktion, Möbel, Bekleidung und Handel.

Außerdem soll die Begrenzung für die zollfreie Einfuhr von Waren im Rahmen des elektronischen Handels für Russlands Partner in der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) angehoben werden. Dies würde den größtmöglichen Zugang zu den notwendigen Ressourcen und Waren ermöglichen, so Mischustin. Er betonte, dass die im Zusammenhang mit der Ukraine verhängten Sanktionen die Zusammenarbeit und Integration innerhalb der Union nicht behindern würden.

Nach Angaben des Premierministers soll der Planentwurf auf der nächsten Regierungssitzung verabschiedet werden. Einige der Maßnahmen sollen bereits bis Ende März eingeführt werden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6231ca23b480cc6d5d67de0a.jpg>

15:29 de.rt.com: **Putin: Aktuelle Ereignisse beenden globale politische und wirtschaftliche Vorherrschaft des Westens**

Der russische Präsident Wladimir Putin ist überzeugt, dass die jüngsten, beispiellosen Sanktionen, die die USA und ihre Verbündeten wegen der Militäroperation des Kremls in der Ukraine gegen Russland verhängt haben, das Ende einer Ära markieren.

Nach Auffassung des russischen Präsidenten Wladimir Putin werde der Westen von nun an seine "globale Dominanz" sowohl politisch als auch wirtschaftlich verlieren. Die jüngsten beispiellosen Sanktionen, die die USA und ihre Verbündeten gegen Russland wegen seiner Militäration in der Ukraine verhängt haben, würden das Ende einer Ära markieren.

In seiner Rede am Mittwoch erklärte der russische Staatschef, dass der "Mythos des westlichen Wohlfahrtsstaates, der so genannten goldenen Milliarde, bröckelt". Außerdem sei es "der ganze Planet, der den Preis für die Ambitionen des Westens und seine Versuche, seine schwindende Vorherrschaft um jeden Preis zu bewahren, zahlen muss".

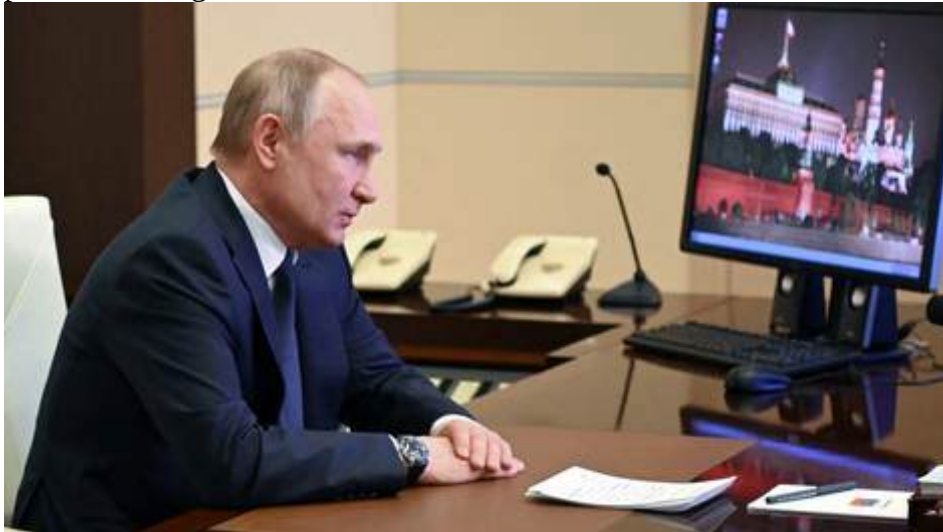
Der russische Präsident sagte eine weltweite Lebensmittelknappheit voraus, da die westlichen Sanktionen gegen Russland die gesamte Weltwirtschaft beeinträchtigen würden.

Im Hinblick auf die Entscheidung mehrerer westlicher Länder, die Vermögenswerte der russischen Zentralbank einzufrieren, erklärte Putin, dass dies nur dazu dienen würde, das Vertrauen in diese Länder unwiederbringlich zu untergraben und andere Länder dazu zu bringen, es sich zweimal zu überlegen, ob sie ihre Reserven in die Obhut dieser Länder geben. Nach Ansicht des russischen Präsidenten wurde fast die Hälfte des Moskauer Vermögens vom Westen "einfach gestohlen".

An die Adresse der Menschen im Westen gerichtet, sagte der russische Staatschef, dass die massiven Sanktionen gegen Russland bereits auf die USA und Europa selbst zurückfielen, und die dortigen Regierungen alles daran setzten, ihre Bürger davon zu überzeugen, dass Russland die Schuld trage.

Putin warnte die Menschen im Westen, dass die Versuche, Moskau als Hauptursache für all

ihre Probleme darzustellen, eine Lüge darstellten. Viele dieser Probleme seien das direkte Ergebnis der "Ambitionen" und "der politischen Kurzsichtigkeit" der westlichen Regierungen. Die politischen Eliten des Westens, so Putin, hätten ihre Länder in ein "Lügenimperium" verwandelt, doch Russland werde der ganzen Welt auch weiterhin seine eigene Position präsentieren, egal wie.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6231fd69b480cc71fd1cbf35.jpg>

15:30 de.rt.com: **Putin: Militäroperation in der Ukraine verläuft erfolgreich und streng nach Plan**

Der russische Staatschef Wladimir Putin hat mitgeteilt, dass die Taktik des russischen Verteidigungsministeriums in der Ukraine völlig gerechtfertigt sei, es werde alles getan, um zivile Opfer zu vermeiden. Putin betonte:

"Die Operation der russischen Streitkräfte in der Ukraine kommt gut voran und verläuft streng nach den vorab genehmigten Plänen."

Wenn russische Truppen nur im Donbass agieren würden, wäre die Bedrohung nicht beseitigt, es gäbe eine neue Frontlinie, hieß es weiter. Überdies werde Russland nicht zulassen, dass die Ukraine als Basis für aggressive Aktionen gegen Russland dient, so der russische Präsident. Wladimir Putin verglich das Vorgehen der Kiewer Behörden mit den früheren Versuchen deutscher Nazis, vor deren Niederlage so viele Opfer wie möglich zu fordern. Putin appellierte auch an die einfachen Bürger in den westlichen Ländern und unterstrich dabei, ihnen werde eingeredet, dass Russland an den negativen Auswirkungen der Sanktionen schuld sei, aber das seien alles nur Folgen der aktuellen westlichen Politik.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6231eeb748fbef633a275d14.jpg>

15:43 de.rt.com: **"Situation ist dramatisch" – Nord- und Ostseefischer bleiben wegen hoher Dieselpreise in Häfen**

Der Preis für Schiffsdiesel ist so stark gestiegen, dass sich Fangfahrten für deutsche Fischer nicht mehr lohnen. Die Kutter verlassen vorerst die Häfen nicht. Der Fischerei-Verband fordert schnelle Hilfe. Auch Krabbenfischer verzichten momentan auf Fangfahrten.

Wegen des hohen Dieselpreises bleiben zurzeit viele deutsche Fischer an Nord- und Ostsee mit ihren Kuttern in den Häfen. Der Betrieb ruht weitgehend, wie eine Umfrage der Deutschen Presse-Agentur bei mehreren Fischereigenossenschaften ergab. Wegen des Ukraine-Krieges habe sich der Preis für den weitgehend steuer- und zollfreien Schiffsdiesel in den vergangenen Wochen verdoppelt, berichtete der Deutsche Fischerei-Verband am Dienstag in Hamburg.

Daher sei derzeit keine wirtschaftlich auskömmliche Fischerei möglich, sagte Verbandssprecher Claus Ubl. Eine wachsende Zahl von Fischern stelle den Betrieb ein, und viele würden in Kürze folgen, sobald der gebunkerte Treibstoff aufgebraucht sei. Es gebe auch erste Insolvenzen. "Die Situation ist dramatisch", sagte Ubl. Er verlangte möglichst unbürokratische und schnelle Hilfe. Denkbar wären staatliche Prämien für eine befristete Stilllegung eines Betriebs. Diese müssten den Verdienstausschlag und damit den Lebensunterhalt der Fischer sichern.

Auch die meisten Krabbenfischer an der deutschen Nordseeküste verzichten momentan auf Fangfahrten. Sie seien für die Betriebe zurzeit nicht mehr wirtschaftlich, sagte der Geschäftsführer der Erzeugergemeinschaft der Deutschen Krabbenfischer, Dirk Sander, der dpa. Sander ergänzte:

"Für diesen Dieselpreis kann keiner rausfahren."

Während in normalen Jahren Kosten für Kraftstoff einen Anteil von bis zu 20 Prozent des Umsatzes eines Betriebes ausmachen, seien es nun 50 bis 60 Prozent. "Wenn noch einer fährt, dann nur solange, bis der Tank leer läuft", sagte Sander, dessen Erzeugergemeinschaft rund 100 Betriebe zwischen Sylt in Schleswig-Holstein und Ditzum in Ostfriesland vertritt.

Krabbenfischer bleiben ebenfalls in Häfen

Auch bei den Krabbenfishern der zweiten großen Erzeugergemeinschaft, Küstenfischer der Nordsee, ruht der Betrieb weitgehend. "Die Situation ist katastrophal", sagte Geschäftsführer Günter Klever. An der schleswig-holsteinischen Küste stehen demnach drei Betriebe bereits vor der Pleite - bei einem Betrieb in Büsum sei immerhin ein Investor in Aussicht, so dass die Insolvenz vermieden werden könne.

Inwieweit es im Handel nun wegen des Stillstandes zu einem Engpass von Krabbenfleisch kommen könnte, ist noch offen. Falls sich die Lage nicht verbessere, könnten Kühlhäuser, in denen Krabben noch lagern, laut den Erzeugergemeinschaften auf Dauer leer laufen. Die Saison für die Krabbenfischer beginnt im März und April.

Angesichts von drei schwierigen Jahren in Folge mit geringen Fangmengen, niedrigen Erzeugerpreisen und Engpässen beim Krabbenpulen durch die Corona-Pandemie hatten die Krabbenfischer auf ein gutes Wirtschaftsjahr 2022 gehofft. "Wenn da nicht schnell Hilfe kommt, dann erwischt es eine Vielzahl von Betrieben. Das wird nicht mehr lange gut gehen", sagte Klever.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6231c5fe48fbef60232ceaa6.jpg>

17:49 (15:49) novorosinform.org: **In der LVR wurde den Finanzinstituten der An- und Verkauf von Griwna gegen Rubel untersagt**

Der Finanzminister der LVR, Jewgeni Manuilow, erklärte, die Regierung der Republik habe eine Resolution angenommen, die es den Finanzinstituten untersagt, Transaktionen zum Kauf und Verkauf von Griwna für Rubel durchzuführen.

Er sagte dies bei einem Briefing im Regierungshaus der LVR, berichtet der Telegram-Kanal des Lugansker Informationszentrums.

„Allen Banken, sonstigen Kreditorganisationen und Finanzmarktagenten im gesamten Gebiet der LVR ist es untersagt, Operationen zum Verkauf und Kauf ukrainischer Griwna in bar für russische Rubel durchzuführen“, sagte Manuilow.



https://novorosinform.org/content/images/11/27/41127_720x405.jpg

15:50 de.rt.com: **Financial Times: Werke von BMW und VW pausieren europaweit wegen Teilemangels**

Die Autohersteller BMW sowie Volkswagen haben infolge der militärischen Eskalation in der Ukraine die Produktion in ihren europäischen Werken zunächst auf Eis gelegt – in Ermangelung der Zulieferung der preisgünstigen Kabelbäume aus der Ukraine. Darüber berichtete die Zeitung Financial Times. Als weiteren Grund für die Entscheidung nannte das Blatt ernste Probleme auch in der Logistik.

Laut dem Vorstandsvorsitzenden der Volkswagen AG Herbert Diess prüfe sein Unternehmen derzeit mögliche Ausweichoptionen, zu denen unter anderem die Verlagerung von Werke zähle. Nach Einschätzung von AutoAnalysis entfällt etwa ein Fünftel der europäischen

Zulieferungen von Kabelbäumen auf die Ukraine.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6231ef8c48fbef60ad32ead5.jpg>

16:19 de.rt.com: Eckpunkte eines Friedensabkommens mit der Ukraine – neutraler Status wie bei Österreich im Gespräch

Russland gibt erste Eckpunkte für ein mögliches Friedensabkommen mit der Ukraine bekannt. Moskaus Top-Unterhändler sagt, Kiew habe die Annahme eines neutralen Status ähnlich wie Österreich oder Schweden vorgeschlagen. Kiew spricht von einem speziellen "ukrainischen" Modell.

Wladimir Medinski, Russlands Chefunterhändler bei den Friedensgesprächen mit der Ukraine, hat [erklärt](#), dass Kiew vorgeschlagen hat, den Status eines neutralen Landes einzunehmen.

"Die Ukraine schlägt ein österreichisches oder schwedisches Modell eines neutralen, entmilitarisierten Staates vor, aber mit eigener Armee und Marine", sagte Medinski am Mittwoch vor Reportern und fügte hinzu, dass "die Größe der ukrainischen Armee" eines der diskutierten Themen sei.

Russland fordert, dass die Ukraine sich offiziell zu einem neutralen Land erklärt und dem von den USA geführten NATO-Militärblock niemals beitreten wird. Derzeit ist die angestrebte Mitgliedschaft in der NATO in der ukrainischen Verfassung als Ziel festgeschrieben. Russland marschierte am 24. Februar in die Ukraine ein und erklärte, dass es unter anderem die "Entmilitarisierung" des Landes anstrebe. Jeden Tag werden die Stellungen und die Infrastruktur der ukrainischen Armee wie Flughäfen, Kasernen oder Waffendepots von Präzisionswaffen beschossen. Kämpfe finden derzeit im Süden, Norden und Osten der Ukraine statt.

Medinski bekräftigte, dass Moskau von Kiew die Anerkennung der Krim als Teil Russlands sowie die Unabhängigkeit der Volksrepubliken Donezk und Lugansk (DVR und LPR) fordert. Die Volksrepubliken spalteten sich im Jahr 2014 kurz nach dem Putsch in Kiew von der Ukraine ab. Weitere wichtige Themen, die Russland am Herzen liegen, sind die "Entnazifizierung" der Ukraine und die Rechte der im Land lebenden russischsprachigen Bevölkerung, so der Verhandlungsführer.

"Es gab gewisse Fortschritte in einigen Fragen, aber nicht in allen", sagte Medinski über die Gespräche mit Kiew.

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow kommentierte das Modell einer ukrainischen Neutralität mit den Worten: "Man kann es als einen gewissen Kompromiss betrachten." Auch Russlands Außenminister Sergei Lawrow nahm am Mittwoch im Gespräch mit dem russischen Fernsehsender RBC Stellung.

Die Gespräche zwischen Moskau und Kiew seien aus offensichtlichen Gründen nicht einfach, sagte er. "Dennoch besteht eine gewisse Hoffnung, einen Kompromiss zu erzielen." Es gebe bereits konkrete Formulierungen, "die meiner Meinung nach kurz vor der Einigung stehen". Dabei geht es Lawrow zufolge darum, dass sich die Ukraine für neutral erklären soll. Dieses werde nun "ernsthaft diskutiert, natürlich in Verbindung mit Sicherheitsgarantien".

Österreich hat sich 1955 für neutral erklärt. Seine Gesetze verbieten es dem Land, Militärbündnissen beizutreten und ausländische Militärstützpunkte auf österreichischem Boden zu unterhalten.

Schweden wird oft als "bündnisfrei" bezeichnet, da es seit langem keine formelle Mitgliedschaft in einem Militärbündnis hat. Es ist kein NATO-Mitglied und hat keine ausländischen Stützpunkte auf seinem Staatsgebiet, beteiligte sich in der Vergangenheit aber dennoch an vielen NATO-Militäreinsätzen wie beispielsweise in Libyen oder Afghanistan. Als Reaktion auf Russlands Vorgehen in der Ukraine lud die NATO jedoch auch die Nichtmitglieder Schweden und Finnland zur Teilnahme an den Sitzungen des von den USA geführten Blocks ein und beschloss, die Länder in den Austausch nachrichtendienstlicher Informationen einzubeziehen.

Die ukrainische Führung hatte die Bereitschaft signalisiert, mit Russland über eine mögliche Neutralität zu sprechen. Sie erklärte jedoch, dass sie ein "ukrainisches" Modell anstrebe, das Garantien ermögliche, dass internationale Streitkräfte in Zukunft "Angriffe verhindern" würden.

"Die Ukraine befindet sich jetzt in einem direkten Kriegszustand mit Russland. Daher kann das Modell nur 'ukrainisch' sein und nur auf der Grundlage rechtlich überprüfter Sicherheitsgarantien", sagte der ukrainische Chefunterhändler Michail Podoljak in einer vom Büro des Präsidenten Wladimir Selenskij veröffentlichten Stellungnahme.

Er forderte ein rechtsverbindliches Sicherheitsabkommen, das von internationalen Partnern unterzeichnet wird, die "im Falle eines Angriffs auf die Ukraine nicht beiseite stehen würden, wie sie es heute tun".

Der ukrainische Präsident äußerte sich jedoch nicht kategorisch. In einer in der Nacht zu Mittwoch veröffentlichten Videobotschaft sagte er, die Verhandlungspositionen hörten sich inzwischen realistischer an. Bis die Ukraine zufrieden sein könne, dauere es aber noch. "Wir alle wollen so schnell wie möglich den Frieden und einen Sieg", meinte Selenskij. "Aber es braucht Mühe und Geduld. Es muss noch gekämpft und gearbeitet werden." Jeder Krieg ende mit einer Vereinbarung.

Der russische Präsident Wladimir Putin gab am Dienstag im Telefongespräch mit dem Präsidenten des Europäischen Rates Charles Michel seine Einschätzung der Verhandlungen zwischen Moskau und Kiew an. Er sah die Fortschritte bei den Verhandlungen skeptisch und betonte, dass die ukrainische Seite keine ernsthafte Bereitschaft gezeigt habe, eine für beide Seiten akzeptable Lösung zu finden.

Moskau begann die Militäroperation in der Ukraine am 24. Februar, nachdem die Ukraine sieben Jahre lang die Minsker Vereinbarungen nicht umgesetzt hatte und Russland schließlich die Donbass-Republiken Donezk und Lugansk anerkannt hatte. Mit den von Russland, Deutschland und Frankreich im Februar 2015 vermittelten Protokollen sollte der Status dieser Regionen innerhalb des ukrainischen Staates geregelt werden. Kiew beharrt darauf, dass die russische Offensive seitens der Ukraine nicht provoziert wurde, und weist Vorwürfe zurück, die gewaltsame Rückeroberung der beiden Donbass-Republiken geplant zu haben.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6231e1e8b480cc07534e4be4.jpg>

16:20 de.rt.com: **Berlin lehnt Entsendung der NATO-Mission in die Ukraine als "rote Linie" ab**

Die Bundesregierung hat den polnischen Vorstoß, eine NATO-Friedensmission in die Ukraine zu entsenden, strikt abgelehnt. Dies müsse auch weiter "die rote Linie sein", erklärte Regierungssprecher Steffen Hebestreit bei der Bundespressekonferenz am Mittwoch. Er verwies dabei auf die früheren Äußerungen des Bundeskanzlers Olaf Scholz:

"Da hat sich der Bundeskanzler mehrfach, genauso übrigens wie der französische Präsident und der US-Präsident, klar geäußert: Keinerlei NATO-Personal, keine NATO-Soldaten außerhalb der NATO oder in die Ukraine schicken. Das ist klar, und das wird auch die rote Linie sein müssen, weil man dann die Unterscheidung nicht mehr vornehmen kann: Was ist jetzt, wie Sie schon sagen, ein humanitärer Hilfseinsatz, was eine Rettungsmission und was ein Kampfeinsatz."

Der Vorschlag war zuvor vom polnischen Vize-Ministerpräsidenten Jaroslaw Kaczyński am Rande einer Reise der polnischen, tschechischen und slowenischen Regierungschefs nach Kiew am Dienstag unterbreitet worden. Den Besuch selbst begrüßte Hebestreit indessen als einen "bewundernswerten Akt der Solidarität mit der ukrainischen Führung, mit dem ukrainischen Präsidenten".



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6231df2f48fbef60571bab29.jpg>

18:27 (16:27) **novorosinform.org: In der Region Belgorod wurden mehr als tausend**

Tonnen humanitäre Hilfe für den Donbass und die Ukraine gesammelt

Auf dem Territorium der russischen Grenzregion gibt es vier Punkte, um humanitäre Hilfe zu anzunehmen, teilt die Regierung der Region Belgorod mit.

Frachten werden aus ganz Russland angenommen. Sie transportieren hauptsächlich Lebensmittel, Kleidung, Kindersachen und Haushaltschemikalien, stellte die Regionalregierung fest, berichtet RIA Novosti.

„Insgesamt wurden mehr als 1.135 Tonnen Fracht geliefert, um den Einwohnern im Donbass und den Grenzregionen des Nachbarstaates Hilfe zu leisten“, heißt es in der Erklärung.

Sie fügten hinzu, dass bereits 388 Tonnen humanitäre Hilfe in die Ukraine geschickt worden seien. Belgorod warte derzeit auf die Ankunft neuer Sendungen aus Swerdlowsk, Murmansk, St. Petersburg und anderen russischen Städten.

Zuvor hatte die Verwaltung des Rostower Gebiets ihre Absicht mitgeteilt, dem Donbass bei der Wiederherstellung der durch die Feindseligkeiten beschädigten Infrastruktur zu helfen.



https://novorosinform.org/content/images/11/29/41129_720x405.jpg

18:33 (16:33) novorosinform.org: Der Netzbetreiber "Lugakom" erweiterte das Netzwerk auf drei befreite Siedlungen der LVR

Die Mobilfunkgesellschaft Lugacom und die Telefongesellschaft Lugansk haben Basisstationen in Belowodsk, Nowoaidar und Starobelsk in Betrieb genommen.

Das berichtete der Telegrammkanal „Dikoje Polje“.

Lugacom und LTK haben Basisstationen in Belowodsk, Nowoaidar und Starobelsk gestartet“, hieß es im Sender.

Auch auf der offiziellen Seite des Lugansker Mobilfunkbetreibers im sozialen Netzwerk "VKontakte" wird über die Einstellung von Personal im Zusammenhang mit dem Ausbau des Abonentendienstnetzes gesprochen.



https://novorosinform.org/content/images/11/31/41131_720x405.jpg

16:49 de.rt.com: **Ost-Ausschuss meldet Druck auf in Russland tätige Unternehmen – in Deutschland und Russland**

Der Druck auf in Russland tätige Unternehmen in der Russischen Föderation nehme zu, obwohl sie die Sanktionsvorgaben einhalten. Dies erklärte Oliver Hermes, Vorsitzender des OAOEV (OAO German Eastern Committee for Economic Affairs), am Mittwoch:

"Wir sehen mit Sorge, dass deutsche Unternehmen in Russland zunehmend unter Druck geraten. Der vorliegende Gesetzentwurf der russischen Regierung zur Fremdverwaltung ausländischer Unternehmen bedroht deren Existenz und damit tausende Arbeitsplätze im Land."

Die Organisation äußerte sich auch besorgt über die mögliche Verstaatlichung von Vermögenswerten ausländischer Organisationen in Russland. Überdies sei es dem Ost-Ausschuss zufolge bedenklich, dass auch in Deutschland der Druck auf die in Russland tätigen Unternehmen zunehme:

"Mit Besorgnis sehen wir aber auch den wachsenden öffentlichen Druck in Deutschland. Deutsche Unternehmen in Russland halten sich buchstabengetreu an alle Sanktionsvorgaben. Wir unterstützen diese Sanktionspolitik ausdrücklich. Nicht sanktionierte Geschäftsbeziehungen sind und bleiben aber legitim."

19:30 (17:30) **novorosinform.org: Von Lugansk zum befreiten Starobelsk wird ein Zug im Testmodus starten**

Am 19. und 20. März wird das Lugansker Eisenbahnunternehmen im Testmodus einen Zug von Lugansk nach Starobelsk schicken, berichtet die Zeitung Slawjanoserbskie Westi.

....

Es wird klargestellt, dass die Züge an allen festen Haltestellen halten werden, mit Ausnahme der Haltestellen Donez, Transitknotenpunkt. Darüber hinaus werden Stopps an anderen Punkten auf Anfrage und vorbehaltlich der Anwesenheit von Fahrgästen durchgeführt.



https://novorosinform.org/content/images/11/38/41138_720x405.jpg

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 16. März 2022

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

In Sartana wurde eine **Basisstation des Mobilfunkoperators „Phönix“ in Betrieb genommen**, die teilweise auch den östlichen Rand von Mariupol abdeckt. Spezialisten nehmen Basisstationen in Wolnowacha in Betrieb. Die Arbeiten zum Wiederaufbau von optische Magistralen gehen weiter.

Die **Post des Donbass** führt in Mirnoje, Nowosjolowka und Granitnoje Renten- und Sozialzahlungen durch. In Donskoje, Rybiskoje und Bugas werden die Postfilialen zusätzlich mit Personal ausgestattet. Die zentrale Postfiliale in Donezk versieht Dienstleistungen für 12 weitere befreite Ortschaften.

Das **Gesundheitsministerium der DVR** untersucht die Einrichtungen des Gesundheitswesens in Wolnowacha und Mangusch, es wurden Informationen über die materiell-technische Basis gesammelt. Das Ambulatorium in Rybinskoje wurde kontrolliert, die Zusammenarbeit mit dem Personal organisiert. In Mirnoje, Andrejewka, Granitnoje, Bugas und Nikolajewka wurden 101 Patienten empfangen, alle erhielten qualifizierte Behandlung.

Das **Verkehrsministerium der DVR** setzt die Arbeiten zum Wiederaufbau der Eisenbahnbrücke auf der Strecke „Mairupol – Ursuf“ fort, es wurden die Eisenbetonplatten demontiert. Auf der M-14 „Odessa – Melitopol – Nowoasowsk“ werden Schlaglöcher beseitigt und problematische Abschnitte Der Belag haben Zerstörungen der Brückenpfeiler und Abbrüche an der Autobrücke gefüllt.

Die **Donezker Eisenbahn** hat die Eisenbahnstation Chlebodarowka untersucht. Es laufen Arbeiten zur Auffindung von beschädigter Infrastruktur, zu zusätzlicher Personalausstattung, Überprüfung des Materials der Station, der Funktionsfähigkeit der Infrastruktur. Bei der Untersuchung der Eisenbahnstation Wolnowacha wurde festgestellt, dass das Gebäude des Bahnhofs vernichtet ist, Passagierbahnsteige und die Lokomotivenhalle sind beschädigt.

Das **Zivilschutzministerium der DVR** entmint weiter befreites Territorium der DVR. Es wurden 12,09 Hektar, 1500 Quadratmeter Gebäude untersucht, es wurden 1768 explosive Objekte gefunden:

Die Zivilschutzkräfte leisten der Bevölkerung weiter humanitäre Hilfe.

Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an. Die Arbeiten zum Wiederaufbau der Lebenserhaltungssysteme gehen weiter.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR** überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Wir bitten die Einwohner der DVR ihre Aufmerksamkeit besonders auf das Erscheinen folgender Personen in Ortschaften zu richten:

- Personen, die sich leerstehenden Gebäuden einrichten;
 - die sich vor Ort schlecht orientieren;
 - die sich Gespräche mit den örtlichen Einwohnern entziehen;
 - die eine für die Ortschaft ungewöhnliche Sprache haben;
 - sich in kleinen Gruppen in der Nachtzeit bewegen;
 - die in offensichtlich nicht zusammenpassende Kleidungsstücke oder von der Größe offensichtlich nicht passende Kleidung gekleidet sind;
 - die sich an örtliche Einwohner mit ungewöhnlichen Bitten wenden (die Bezeichnung der Ortschaft zu nennen, ein Telefon für einen Anruf zu leihen, für Waren und Dienstleistungen in ukrainischen Griwna oder anderen ausländischen Währungen zu zahlen u.s.w.).
- Bei derartigen Informationen bitten wir darum, sich an die folgenden Nummern des Staatssicherheitsministeriums zu wenden.

19:54 (17:54) rusvesna.su: **Hinrichtung von Menschen in Tschernigow - Erklärung des russischen Verteidigungsministeriums**

Das russische Verteidigungsministerium gab eine Erklärung zur "Hinrichtung von Zivilisten in Tschernigow durch das russische Militär" ab.

„Heute wurden Videoaufnahmen von in Tschernigow getöteten Zivilisten, die angeblich ‚von russischen Soldaten erschossen‘ wurden, gleichzeitig auf allen Propagandakanälen des Kiewer Regimes verbreitet. Es wurde darauf hingewiesen, dass alle Toten angeblich für Brot Schlange standen.

Wir möchten betonen, dass es in Tschernigow keine russischen Soldaten gab und es keine gibt. Alle Einheiten der russischen Streitkräfte befinden sich außerhalb von Tschernigow, blockieren die Straßen und führen keine Offensivoperationen in der Stadt durch“, heißt es in der Erklärung.

„Auf dem von ukrainischen Propagandisten replizierten Videomaterial gibt es keine Spuren von Munitionsexplosionen. Alle Fenster in umliegenden Gebäuden sind intakt. Es gibt keine Schäden an den Wänden, es gibt keine weiteren Explosionsspuren am Boden. Somit sind alle Toten Opfer des Terrors ukrainischer Nationalisten oder diese Videobilder sind eine weitere Produktion des SBU“, stellte das Verteidigungsministerium fest.

abends:

de.rt.com: **Telefongespräch zwischen Sekretär des russischen Sicherheitsrates Patruschew und Jacob Sullivan**

Der Sekretär des Sicherheitsrates der Russischen Föderation Nikolai Patruschew hat mit Jacob Sullivan, dem Nationalen Sicherheitsberater des US-Präsidenten, telefoniert. Der Pressedienst des russischen Sicherheitsrates teilte mit:

"Während ihres Gesprächs kamen Nikolai Patruschew und Jacob Sullivan überein, zusammenzuarbeiten, um die Atmosphäre der amerikanisch-russischen Beziehungen zu verbessern und das Vertrauen zwischen den beiden Ländern zu stärken."

Die Gespräche hätten "in konstruktiver Weise" stattgefunden und "der Vorbereitung künftiger hochrangiger Kontakte" gedient.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623204ce48fbef0bdc038916.jpg>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 16.3.22**

Die Situation an der Kontaktlinie bleibt angespannt.

Die Artillerieeinheiten der bewaffneten Formationen der Ukraine verüben weiter zielgerichtet Schläge auf Wohngebiete von Ortschaften der Republik.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 100 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 120mm-Rohrartillerie, 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **9 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression **starben heute zwei Zivilisten, drei wurden verletzt**. 20 Wohnhäuser, ein Infrastrukturobjekt und ein Fahrzeug wurden beschädigt. 5 Umspannwerke in Schirokaja Balka haben keine Stromversorgung. Mehr als 200 Verbraucher haben keinen Strom.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten und zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter der internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

In Richtung Donezk lassen die Nationalisten aus der 54. Brigade unter dem Ansturm von Soldaten der Donezker Volksrepublik **ihre Positionen mit allen dort vorhandenen Waffen und Technik zurück**.

So verfügen wir über eine **Partie kürzlich von Deutschland übergebene deutsche Granatwerfer**, die die ukrainischen Nationalisten nicht einmal geschafft haben aus dem Lastwagen auszuladen. Einen dieser Granatwerfer stellen wir ihnen hier vor.

Die Tatsache der Lieferung von Waffen an ukrainische Nationalisten durch ein Land, dessen Bürger bis heute für die Verbrechen des faschistischen Regimes zahlen, muss eine äußerst ernsthafte Bewertung, vor allem von Seiten der deutschen Bürger selbst sowie von den Ländern der EU, die unter den Verbrechen der Nazis gelitten haben, erhalten. Bei einer genauen Untersuchung der genannten Granatwerfer wurde festgestellt, dass sie 1986-1987 produziert wurden und ihre Haltbarkeitsdauer lange ausgelaufen ist. Aber **statt des teuren Prozesses der Vernichtung hat Deutschland sie an ukrainischen Nationalisten für den Terror gegen Einwohner des Donbass übergeben**.

Ein weiteres Mal wende ich mich an alle Soldaten der ukrainischen Streitkräfte und erkläre offiziell, dass allen ukrainischen Soldaten und Offizieren, die freiwillig ihre Waffen niederlegen, eine menschliche Behandlung, medizinische Behandlung, Nahrung sowie die Rückkehr zu ihren Familien garantiert sind.

Seit Beginn der besonderen Militäroperation sind 175 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte freiwillig auf die Seite der DVR übergegangen, 25 davon befinden sich in

medizinischen Einrichtungen, sie erhalten qualifizierte Behandlung.

Wir empfehlen, ihrem Beispiel zu folgen und sein Leben zu erhalten.

Seit Beginn der besonderen Militäroperation sind die **Verluste des Gegners** die folgenden:

95. Luftsturmbrigade – 99 Tote und 132 Verletzte;

25. Luftlandebrigade – 103 Tote und 131 Verletzte;

56. Panzergrenadierbrigade – 129 Tote und 149 Verletzte;

54. mechanisierte Brigade - 179 Tote und 223 Verletzte;

36. Marineinfanteriebrigade – 265 Tote und 317 Verletzte;

12. operative Brigade der Nationalgarde der Ukraine – 263 Tote und 285 Verletzte.

Zu unserem großen Bedauern sterben weitere unsere Kampfgenossen bei der Verteidigung der Republik. **In den letzten 24 Stunden starben fünf Verteidiger der Donezker**

Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht, **14 Kampfgenossen wurden verletzt.**

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

Gesondert will ich auf Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten ein Vorbild für die zukünftigen Generationen sein werden.

Am 27. Februar 2022 geriet bei einer zügigen Offensive in Richtung Wolnowacha die Mannschaft eines Schützenpanzerwagens mit unseren Soldaten unter Beschuss des Gegners, dabei wurde das Fahrzeug beschädigt, der Kommandeur und der Richtschütze starben, aber der Fahrer/Mechaniker Unterfeldwebel Wladislaw Dmitrijewitsch Gurbar, der am Bein verletzt war, musste mit einer Maschinenpistole in den Händen zu seiner Kompanie durchkommen. Wladislaw Dmitrijewitsch zeigte Mut und Selbstlosigkeit und vernichtete eine Gruppe des Gegners aus vier Nationalisten und gelangte zum Kommandopunkt unserer Einheiten.

18:10 de.rt.com: **Höchstes UN-Gericht fordert Russland auf, Militäroperation in der Ukraine zu stoppen**

Der Internationale Gerichtshof (IGH) hat angeordnet, dass Russland seine Militäraktion in der Ukraine sofort beenden muss. Es verlautete aus der Verfügung am Mittwoch in Den Haag:

"Die Russische Föderation muss ihre am 24. Februar begonnenen Militäroperationen auf ukrainischem Hoheitsgebiet unverzüglich einstellen."

Der Gerichtshof sei zutiefst besorgt über die Anwendung von Gewalt durch Russland, die sehr ernste völkerrechtliche Fragen aufwerfe, erklärte die Richterin Joan Donoghue bei der Verlesung des Urteils. Die Anhörung des IGH wurde auf der Webseite des Gerichts live übertragen.

Laut der Anordnung müsse Russland sicherstellen, dass alle militärischen Einheiten sowie Organisationen oder Einzelpersonen, die es kontrolliert oder unterstützt, keine weiteren Maßnahmen im Rahmen der Militäroperation ergreifen. Es hieß ferner:

"Beide Parteien sollen Handlungen unterlassen, die den Streit vor dem Gerichtshof verschärfen oder ausweiten oder seine Beilegung erschweren könnten."

Damit gab das höchste Gericht der Vereinten Nationen einer Klage der Ukraine gegen Russland statt. Russland selbst blieb der Verlesung der Entscheidung im Friedenspalast fern.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6232114cb480cc72c34b1571.jpg>

18:24 de.rt.com: **US-Marine-Ingenieur wollte Geheimnisse über Atom-U-Boote an Brasilien verkaufen**

Ein Ingenieur der US-Marine, der zusammen mit seiner Ehefrau Mitte Oktober vergangenen Jahres festgenommen worden war, soll laut einem Medienbericht versucht haben, geheime Informationen zum Bau der Reaktoren von Atom-U-Booten an Brasilien zu verkaufen. Der 43-jährige Jonathan Toebbe und seine Frau Diana hatten sich im Februar schuldig bekannt, nachdem sie bei einer FBI-Operation im Herbst 2021 beim Versuch festgenommen worden waren, "vertrauliche Daten über die Konstruktion von Kriegsschiffen mit Atomtrieb" zu verkaufen.

Jonathan Toebbe, der ein Nuklearingenieur bei der US-Marine war und Zugang zu als "top secret" eingestuft Informationen hatte, gab demnach zu, dass er versucht hatte, vertrauliche Daten zum Bau der Reaktoren von Atom-U-Booten an eine ausländische Regierung zu verkaufen. Bis zu dieser Woche blieb jedoch geheim, um welches Land es sich dabei konkret handelte. Aktuellen Berichten zufolge wollte er die Daten an Brasilien verkaufen.

Am Dienstag berichtete die New York Times, dass sich Toebbe "vor fast zwei Jahren mit einem Angebot von Tausenden von Seiten geheimer Dokumente über Kernreaktoren an Brasilien gewandt hatte". Nachdem Toebbe das Angebot dem Militärgeheimdienst Brasiliens unterbreitet hatte, leitete dieser die Informationen an die US-Bundespolizei FBI weiter, die daraufhin eine verdeckte Operation startete, um den Ingenieur der US-Marine auf frischer Tat zu ertappen.

Ein verdeckter FBI-Ermittler gab sich als Vertreter Brasiliens aus und überzeugte Toebbe und dessen Frau, die sensiblen Dokumente an versteckten Orten zu hinterlassen. Das Paar wurde schließlich im Oktober verhaftet.

Wie das US-Justizministerium damals mitteilte, müsse sich das Ehepaar wegen versuchter Spionage und Verletzung von Geheimnispflicht nach dem Atomenergiewertgesetz verantworten. Einem aktuellen Bericht zufolge wählte Toebbe Brasilien, da das Land nicht wie andere ausländische Mächte wie Russland und China ein Gegner der USA sei, zugleich aber reich genug sei, um für die Geheimnisse zu bezahlen. Als der Fall bekannt wurde, wurde Brasilien zunächst nicht als das Land genannt, um das es sich dabei handelte. Brasilien wollte demnach nicht, dass seine Zusammenarbeit mit den USA in dieser Angelegenheit öffentlich bekannt wird, heißt es in dem Bericht weiter.

Jonathan Toebbe drohen bis zu siebeneinhalb Jahre Haft, seiner Frau Diana bis zu drei Jahre Haft.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6231a459b480cc39382e4984.jpg>

20:10 de.rt.com: **La Stampa** gibt Fotos des ukrainischen Raketenbeschusses von Donezk als Folgen eines russischen Angriffs aus

Die italienische Zeitung La Stampa hat in ihrer Mittwochs Ausgabe einen Artikel über die Opfer der russischen Militäroperation in der Ukraine auf ihre Titelseite gesetzt. Der Beitrag wurde jedoch von einer Aufnahme nach dem Angriff mit einer ballistischen Rakete des Typs Totschka-U der ukrainischen Streitkräfte auf Donezk begleitet. Darüber berichteten die Leser des Blatts, die auf die Unstimmigkeit aufmerksam wurden, auf sozialen Netzwerken. So schrieb ein [Twitter](#)-Nutzer:

"La Stampa verwendet ein Foto des Blutbads von Donezk durch die Ukraine und gibt es als Blutbad durch Russland aus. Schreibt sie an, damit sie es entfernen."

Er fügte hinzu:

"Die heutige Titelseite hat alle Grenzen des Anstands überschritten."

Der User gab an, dass auf dem Cover solche Bildbeschreibungen wie "Trauma der Kinder in Lwow", "Geiseln in Mariupol", "Kiew unter Dauerbeschuss" und "kein Wort über Donezk" zu lesen wären. Er verwies darauf, dass die Aufnahme von Eduard Kornienko, einem Fotokorrespondenten der russischen Nachrichtenagentur URA.RU, gemacht worden war. Bei dem Raketenbeschuss der ukrainischen Stadt Donezk durch die ukrainische Armee am Montag konnte die Totschka-U-Rakete nach DVR-Informationen zwar von der republikanischen Flugabwehr abgefangen werden. Deren Trümmerteile gingen aber in der Innenstadt nieder und lösten zahlreiche Todesopfer unter der Zivilbevölkerung aus. Laut offiziellen Angaben wurden infolge des Angriffs insgesamt 21 Menschen getötet.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/62323786b480cc378f6ab37b.jpg>

20:15 de.rt.com: **Russisches Militär dementiert Berichte über russischen Luftangriff auf Theater in Mariupol**

Das russische Verteidigungsministerium hat erklärt, dass die russische Luftwaffe kein Theatergebäude in Mariupol getroffen habe. In dem Bericht hieß es:

"Am 16. März führten die russischen Luftstreitkräfte keine Aufgaben im Rahmen von Angriffen auf Bodenziele im Stadtgebiet von Mariupol aus."

Nach Informationen des Ministeriums sollen Kämpfer des nationalistischen Asow-Bataillons eine neue "blutige Provokation" begangen haben, indem sie ein von ihnen vermintes Theatergebäude in die Luft gesprengt haben sollen, heißt es in der Erklärung.

Unterdessen soll das russische Militär von Flüchtlingen aus Mariupol Informationen erhalten haben, wonach das Asow-Bataillon möglicherweise Zivilisten in dem Theatergebäude festgehalten und die oberen Stockwerke als Schießstände genutzt haben soll.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6232346548fbef08722799aa.jpg>